

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboptionspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1,80 Mk. für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pf. exkl. Versandgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schönlau.

Inserate werden die 5 geplante Zeitseite oder deren Maße mit 20 Pf. berechnet. Vereinzelte 15 Pf. — Schwerer Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsjahr 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. — Telegrammabreise: Volkszeitung Leipzig.

Die Wurzel des Byzantinismus.

* Leipzig, 25. November.

■ In den bürgerlichen Kreisen herrscht augenblicklich, nicht zum ersten- und vermutlich auch nicht zum letztenmal, eine gewisse Missstimmung gegen die Person des Kaisers. Es kommt hier nicht darauf an, ihre Gründe darzulegen, die ohnehin allgemein bekannt sind; genug, daß die sonst gesinnungstüchtigsten Blätter über „Byzantinismus“ zu klagen beginnen, und sogar die Organe des Berliner Bürgertums ein Wort des Protestes gegen den Plan einiger Bedientenseelen gefunden haben, die dem Kaiser bei seiner Rückkehr von der Orientreise eine prunkende Empfangsfeierlichkeit bereiten wollten.

Vom menschlichen Standpunkt aus kann man darüber eine gewisse Genugthuung empfinden. Denn wenn Menschen vor einem Mitmenschen einherziehen wie vor einem höheren Wesen, so befindet sich darin eine so tiefe Erniedrigung der Menschheit, daß jeder aufrechte Mensch sich freuen wird, wenn die in unserer Zeit allzu reichlich vorhandenen Symptome dieser verächtlichen Gesinnung sich irgendwie und irgendwo vermindern. Dagegen wäre es sehr thöricht, sich über den politischen Wert der bürgerlichen Missstimmung gegen die Person des Kaisers zu täuschen. Wer ein prinzipieller Gegner der Monarchie ist, wird gegen ihre persönlichen Vertreter eher ein in Liebe und Zorn gleich gedämpftes Gefühl hegen, es sei denn, daß ein unmittelbarer Angriff abgewehrt werden muß. Wer sich sonst über die persönlichen Handlungen des Monarchen erbost, nur weil sie ihm gerade nicht in seinen Kram passen, der hat immer den Verdacht gegen sich, daß sein Zorn aus gekränkter Liebe flieht, daß er viel weniger ein klarer Politiker, als ein loyaler Patriot ist.

Und diesen Verdacht hat der deutsche Bürgersmann auch noch immer bestätigt, sobald es zum Klappen kam. Das Junktensprüchlein: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut, ist im Grunde auch seine Devise, nur daß die feudalen Junker das praktische Sprüchlein viel praktischer handhaben, als die liberalen Philister.“ Gegenüber dem Bürgertum haben das König- und das Junktum in Deutschland viele gemeinsame Interessen, und so sind die Junker sehr häufig und sogar gewöhnlich in der Lage, ihre Klasseninteressen unter monarchischem Schilde zu verfechten. Die Bourgeoisie aber, statt daraus die Lehre zu ziehen, daß sie mit ihrer monarchischen Gesinnung gewöhnlich schlechte Geschäfte machen wird, sucht in diesem delikaten Punkte die Junker womöglich zu übertreffen oder vielmehr: während

die Junker sehr genau wissen, was ihnen ihre Königstreue wert ist, sonnt sich die Bourgeoisie in ihrer monarchischen Gesinnung auch dann noch, wenn sie die trüglichen Anlässe hat, sich in den Schatten fühliger Denkschriftart zurückzuziehen. Wollte irgend jemand aus der gegenwärtigen Missstimmung des Bürgertums gegen die Person des Kaisers die Schlussfolgerung ziehen, diese biedere Klasse beginne sich zu antimonarchischer Reiterei zu bekehren, so würde ein Schrei tiefinnerster Empörung aus der ganzen liberalen Presse wiederhallen. Und wenn der Kaiser auf seiner Orientreise irgendwo ein Wort gesagt hätte, das dem bürgerlichen Liberalismus angenehm in die Ohren geflossen hätte, so würden bei seiner Rückkehr von den Berliner Spielen Triumphspforten erbaut und Triumphlieder gesungen werden, so würden sich dieselben liberalen Schwachköpfe, die heute über „Byzantinismus“ klagen, in wahrhaft byzantinischen Orgeln wählen.

Das ist noch jedesmal geschehen, wenn sich die Sonne der monarchischen Kunst ja einmal den liberalen Philistern zugewandt hatte. So als der Großvater des gegenwärtigen Kaisers seiner Zeit zur preußischen Regierungskunst kam, so in den 99 Tagen des Kaisers Friedrich, so auch als der gegenwärtige Kaiser vor einigen Jahren das preußische Schulgesetz verwarf. In allen diesen Fällen ging die monarchische Gesinnung des Philisters mit seinen liberalen Grundzügen durch; sein Herzog hatte nur das eine Ziel, die monarchische Autorität zu stärken, auf die Gefahr hin, daß morgen die gefährliche Autokratie wieder in die Wagschale der Junker fiel. Einem so selbstverständlichen Politiker sind die Junker unfähig, mögen sie sonst auch nichts weniger als Geistesleuchten sein. Sind sie im Einvernehmen mit der Krone, so denken sie doch nur daran, ihre eigene Macht auszubauen und zu festigen; geraten sie aber mit der Krone auseinander, so geben sie sich nicht viel oder höchstens in ihren Minuten mit „Missstimmungen“ ab, sondern wenden ihre politische Macht an, um wieder zu ihrem Rechte zu kommen, das heißt: zu dem was sie für ihr Recht halten.

So weit die bürgerlichen Missstimmungen gegen die Person des Kaisers sich zu einer Forderung zusammen zu ballen wagen, gipfelt das liberale Verlangen darin, daß der Kaiser nicht persönlich, sondern nur durch die Vermittlung seines Ministers seinen politischen Willen fundgegeben solle. Als ob damit auch nur ein Deut geholfen wäre, als ob man den Willen eines Menschen dadurch ändern könnte, daß man ihn veranlaßt, diesen Willen durch ein Sprachrohr kund zu thun! So lange die Krone die Minister ernannt, sind die Minister eben ihre Sprachrohre, und so lange dem so ist, hat die Frage, ob der Kaiser

„ohne ministerielle Bekleidungsstücke“ vor der Öffentlichkeit erscheint, vielleicht für Kammerdiener, aber nicht für Politiker irgend ein Interesse, es sei denn, daß man den ehrlichen und offenen Absolutismus doch noch für exträglicher hält, als den schleichenden und versteckten Scheinkonstitutionalismus.

Die deutschen Liberalen sind aber in den Scheinkonstitutionalismus so verbissen, daß sie gar nicht mehr wissen, worin der „wahre Konstitutionalismus“ besteht, den sie fordern. Wie Vassalle schon den fortschrittlichen Helden der preußischen Konfliktszeit auseinandergezeigt hat, ist er nichts anderes als das „parlamentarische Regime“, das der biedere Bürgersmann, mit frommem Augenaufschlag zur Krone, empört von sich zu welsen pflegt. Wenn die Minister formell zwar von der Krone, aber tatsächlich von der Volksvertretung ernannt werden, dann hat die bei den augenblicklich missgestimmten Philistern so beliebte Forderung, daß die Willensmeinungen der Regierung durch die Minister und nicht durch den König erfolgen sollen, allerdings ihren vernünftigen Sinn; ins deutliche übersetzt heißt sie dann: die verfassungsmäßige Macht der Krone muß so weit geschwächt und die verfassungsmäßige Macht des Reichstages muß so weit gestärkt werden, daß die politische Entscheidung beim Reichstage liegt und nicht bei der Krone. Dann ist hinlänglich dafür gesorgt, daß der Monarch nur mit „ministeriellen Bekleidungsstücken“ in die Öffentlichkeit tritt. Darin, daß der deutsche Liberalismus seit einem halben Jahrhundert diese konstitutionelle Grundfrage immer wieder vertuscht und verwischt hat, wurzelt aller seitdem in Deutschland so überreichlich aufgewuchter Byzantinismus.

Und ehe seine Wurzel nicht ausgerottet ist, wird er auch nicht verschwinden. So lange die deutsche Bourgeoisie nicht die Kraft und den Nutzen hat, ihr historisches Recht geltend zu machen, unbekümmert um die Gnade der Krone, so lange muß und wird sie ängstlich nach der Gnade der Krone schielen, beim ersten Scheine dieser Gnade in die alten Taumeltänze verfallen und alle Missstimmungen verabschieden, die unter solchen Umständen nicht mehr bedeuten, als ein Windstoß, der durch den Schornstein fährt.

Eine Verdächtigung?

■ Kürzlich waren wir veranlaßt, auf eine Note hinzuwischen, die Richard Fischer in Berlin gehalten hat. Es wurde darin offen ausgesprochen, daß die sozialdemokratische Partei nach unsägender Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen die Freisinnigen zur Abtretung von Mandaten durch die Drohung zwingen solle, anderenfalls bisher sichere Freisinnige in konservative Hände zu

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Unsühnbar.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

„Wertwürdige Frage,“ sagte der Professor. „Mein, daß auch für Sie die alte Regel paßt: Willst Du Genaueres erfahren über Deine Allernächsten, so frage nur bei fremden Leuten an. Hm, hm! — hat zu viel ausgestanden, die Frau. Wissen Sie was, Herr Graf? Hören Sie jetzt auf zu schmollen, es könnte Sie sonst reuen,“ er kloppte ihm auf den Arm.

„Doctor, Herr Professor . . . mich reuen . . . Sie sehen zu schwarz . . . Ihr einziger Fehler.“

„Ich sehe, was Sie sehen werden. Neien Sie morgen, machens a bissel an Ordnung auf Ihrem Mitter'schloß, bleiben Sie aber nicht lang und kommen Sie dann nicht zu bald wieder hin. Auch Ihre Besuche würden die Kranken . . .“

„Die Kranken?“

„Aufregen, und jede, selbst die geringste Gemütsbewegung kann von den schlimmsten Folgen für sie sein. Es ist ja ganz gut, sie so hinduzeln zu lassen und zu beschränken auf den Umgang mit ihrem Kind. Wenn sie recht hausfält mit ihren Kräften, wird es vielleicht möglich werden, sie im Herbst nach dem Süden zu bringen. Aber,“ er erhob drohend den Zeigefinger, „das Bewußtsein muß sie haben, daß ihr niemand etwas nachträgt. Ihr gebührt Bewunderung. Wer die Frau kränkt, begeht eine Todsünde. Das sage ich Ihnen.“

Eine halbe Stunde später kündigte der Graf seiner Schwester an, daß er mit dem Nachzuge nach Wolfsberg abreise, und ließ packen. Das Essen, das ihm in seinem Zimmer serviert wurde, blieb unberührt. Er schickte einige Zeilen an seine Behörde und warf die Antwort ungelesen auf den Tisch. In seinem Sessel zurückgelehnt, starzte er vor sich hin. Da, auf dieser Stelle hatte sie gekniet, den Kopf an seinem Herzen . . . Plötzlich, unwillkürlich falterten sich seine Hände. Der Mann, dem der Glaube nur als ein Skappyzaum galt für die Menge, und als unentbehrlicher Trost für die Unterthanen dieser Erde, betete zu dem Gott der Liebe und des Erbarmens, dessen er in Jahren nicht gedacht: „Erhalte sie mir,“ schrie er zu ihm empor. Das war alles, was er zu sagen wußte in seiner Pein — Anfang und Ende seiner Verehrsamkeit: „Allmächtiger, erhalte sie mir!“

Am nächsten Tage traf er in Wolfsberg vor dem Telegrafen ein, daß ihn ankündigen sollte. Die Überraschung der Dienerschaft, das Geschehniß, die eben in den Hof trat, als er hereinführte, belehrte ihn darüber.

„Der Herr Graf! das ist aber etwas!“ rief die Alte, that aufs äußerste verwundert und beantwortete seine Frage nach Maria mit den hastig gesprochenen Worten: „Bei den Pinten . . . im Garten . . . ich muß nur bitten . . . ich will sie vorbereiten . . .“

Er hörte sie nicht an. Während im Schloß und im Beamtenhaus alles durcheinander rannte, und die feindlichsten Elemente sympathisch zusammentreten in dem Verdruss über seine Ankunft, schritt er eilig der großen Baumgruppe am südlichen Ende des Gartens zu. — Wie war alles verwildert! die Wege grasüberwuchert, die Wiesen von Unkraut zerfressen, die Gebüsche unbeschoren; ihre fahlroten schwachen Stämmchen in die Höhe gewuchsen, lauter Lichtungen

statt der ehemaligen schattigen Gänge. Von weitem schon erblickte er seine Tochter. Sie saß auf einer Woodbank unter den mächtigen Stämmen — durchsichtig blaß, schmal in ihrem schwarzen, enganliegenden Kleide — und sah dem Kinde zu, das sich elstig mit dem Van einer kleinen Grotte beschäftigte. Ihr Vater war schon nahe bei ihr, als sie seine Schritte knistern hörte auf dem mit dichten Schichten abgesallten Nadeln bedeckten Grunde, und den Kopf erhob.

„Maria!“ rief er aus, und Thränen traten ihm in die Augen.

Sie stand auf, wollte sprechen, auf ihn zu eilen, sank aber stumm zurück mit einem unendlich dankbaren Lächeln.

Er neigte sich zu ihr herab und drückte einen langen Kuß auf ihre Stirn. Sie flüsterte etwas Unverständliches, ihre Nasenflügel bebten, ihre Lippen waren halb geöffnet, sie zogen die Luft hörbar atmend ein.

Wolfsberg segte sich zu ihr: „Hätte ich doch gewußt . . .“ sagte er, „warum nicht ein Wort schreiben . . . Wie unrecht.“ Von Rührung übermannt, zog er ihre Hände an seinen Mund und küßte sie und sprach leise: „Niemand liebt Dich wie ich Dich liebe, und niemand hat Dir so weh getan.“

Alles war ihm Vorwurf, ihr abgehärmtes Aussehen, ihr verwahrlostes Wohnort, das Fremdhun Erichs, der sein Spiel unterbrochen hatte und ihn ernst und fragend ansah, ohne ihn zu begrüßen.

Auf einmal blitzte es freudig auf in den Augen des Knäbleins. Er trat an seine Mutter heran: „Schau dort hin,“ sagte er, legte sein Händchen flach an ihre Wangen und zwang sie, den Kopf zu wenden. Die Sonne ging unter; ihre leichten wagerechten Strahlen schimmerten durch die Stämme der Bäume, das Angesicht des Kindes flamme

spielen. Wir äußerten unsere Bedenken gegen diesen Vorschlag, der unseres Erachtens weder den principiellen noch den taktischen Interessen der Partei entsprechen würde.

Heraus hat Genosse Fischer nicht geantwortet, dagegen finden wir in einer anderen Note, die er vor einigen Tagen in dem Wahlverein des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises gehalten hat, nach dem Bericht des Vorwärts folgende Säze: „Ich sehe in der Partei nicht die kleinbürgerlichen Tendenzen, die erst kürzlich noch der Berliner Korrespondent der Leipziger Volkszeitung konstatiert hat. Der Korrespondent der Leipziger Volkszeitung erklärt sie sich aus dem Hinüberziehen von Elementen aus kleinbürgerlichen Kreisen. Vor sieben Jahren ist der gleiche Vorwurf von den Unabhängigen erhoben worden. Diese wiesen aber auf die letzten Parteiposten, auf die Budifer und die Cigarrenhändler in der Partei hin, welche die kleinbürgerlichen Elemente in der Partei seien und gar kein Interesse mehr an der Aenderung der heutigen Gesellschaftsordnung hätten.“ Soweit Genosse Fischer, dessen sonstige Ausführungen über die „Streitfragen in der Partei“ sich etwa dahin kennzeichnen lassen, daß er an den Vertretern des proletarisch-revolutionären Standpunkts möglichst große Übertreibungen vorausgesetzt — er meint, daß sie gleich mit allen Glocken läuteten und mit allen Trommeln trommeln wollten und so weiter —, um dann diese Übertreibungen mit leichter Mühe als übertrieben nachzuweisen.

In diese Art Diskussion einzutreten, haben wir kein Bedürfnis, wohl aber müssen wir unser Erstaunen darüber ausdrücken, daß sich Genosse Fischer durch die Bemerkungen der Leipziger Volkszeitung an „gleicher Vorwürfe“ erinnert fühlt, die von den Unabhängigen erhoben worden seien. Freilich hat er die Güte, durch ein „aber“ anzudeuten, daß diese Vorwürfe doch nicht so ganz gleich seien, jedoch verschwindet dieses kleine Wörlein „aber“ so ziemlich unter dem breiten Pinselstriche, womit Genosse Fischer die Sünden der Unabhängigen malt. In unseren Bemerkungen über die kleinbürgerlichen Elemente in der Partei suchen wir vergebens nach einem Säze, der an die „gleichen Vorwürfe“ der Unabhängigen auch nur entfernt anslingen könnte; wir haben überhaupt gar keine „Vorwürfe“ erhoben, sondern einen historischen Thatbestand festgestellt, der noch vor gar nicht langer Zeit nirgends in der Partei angezeigte, u. a. von Engels genau so wie von uns als vorhanden angenommen wurde. Wenn also Genosse Fischer sich durch unsere Bemerkungen zu Vergleichen mit den Unabhängigen angeregt fühlt, so trommelt er zwar nicht auf allen Trommeln, aber auf einer falschen Trommel, was just auch nicht hübsch ist.

Politische Übersicht.

Eine ultramontane Warnung.

In den Rheinlanden, in Köln, hat sich ein Provinzialkomitee zur Propaganda für unerlässliche Flottenpläne aufgetan. Der Flottenverein ist die Organisation der Altheren, der Bankiers, der Streber und der Spekulanten, die bei der Übersee- und Flottenpolitik in erster Reihe interessiert sind.

Das Provinzialkomitee will nun, wie das führende rheinische Centrumsblatt, die Kölnerische Volkszeitung, erfährt, einen Aufmarsch erlassen, der behauptet, daß der Flottenverein seinerseits politische Tendenzen habe, und zur Unterzeichnung sind mehrfach auch bekannte Mitglieder der Centrumsparthei aufgefordert worden.

Die Kölnerische Volkszeitung warnt nun die Centrumsleute vor dem Eintritt in den Flottenverein; dagegen erhöhen sich vom Standpunkt der Centrumsparthei ernste Bedenken.

Dann heißt es:

Nachdem die Flottenvorlage angenommen ist und die nicht geringen Schwierigkeiten, die die Erledigung dieser Angelegenheit innerhalb der Partei und der Fraktion zeitweise hervorrieten, glücklich überwunden sind, erscheint es wenig angebracht, daß Mitglieder der Partei im Rahmen eines solchen Vereins auf die Ausgestaltung weiterer Flottenpläne drängen; denn darauf läuft die Sache praktisch hinaus. Indem das Centrum der Flottenvorlage zur Annahme verholfen, hat es auf diesem Gebiete vorderhand wahrlich genug gethan. Das weitere kann man ruhig der verantwortlichen Regierung überlassen, die nicht im Verdachte steht, mit Forderungen im militärischen Interesse zu Wasser und in Lande allzu schüchtern und bei Bedenken zu sein. Die Centrumsparthei hat ganz und gar keine Veranlassung, zu immer weiteren Forderungen für die Flotte systematisch zu ermuntern; eher dürfte es ihre Aufgabe sein, mäßigend einzutwirken. Die Kreise der Großindustrie und der Hochfinanz, welche in den Flottenvereine tonangebend sind, mögen die Sache von einem anderen Gesichtspunkte ansehen, der aber für die

in ihrem Widerschein; goldene Lichter spielten auf seinen dunklen, leicht gelockten Haaren.

Wolfsberg betrachtete ihn mit schmerzlicher Bewunderung. „Nun, was ist mit Dir?“ begann er. „Du siehst mich ja gar nicht an. Kennst Du mich nicht mehr?“

„O ja — o ja!“ gab Erich zur Antwort, senkte den Kopf und wandte seine ganze Aufmerksamkeit einem Käfer zu, der an einem Grashalm emporzuklimmen suchte.

Auch Maria wagte nicht aufzublicken. Die Erinnerung an den Abschluß, mit dem Gräfin Agathe das Kind von sich gestoßen hatte, durchzitterte sie, und sie murmelte: „Verzeih’ ihm, er ist so scheu geworden in der Einsamkeit.“

„Wir wollen ihn schon zutraulich machen,“ sagte ihr Vater und streckte dem Knäblein die Rechte entgegen. „Schlag ein, kleiner Wolfsberg, schlag ein, mein Enkel. Auf gute Freundschaft!“

Der Graf blieb einige Zeit daheim, und alle, die in seinem Dienste standen, erfuhrn, wie begründet ihr Schrecken über seine Unkunst gewesen war. Er ging streng ins Gericht; seinen unverhülltesten Ausbeutern, seinen aufgeblästesten Bürdenträgern brach der Angstschweiß aus, als er, ohne die Stimme zu erheben, mit geschlossenen Bähnen zu ihnen sprach: „Weh Euch, wenn ich bei meiner Wiederkehr nicht jedes Verhängnis eingebrocht finde, hundertsach.“

Seine Abreise verschob er von Tag zu Tag. Er hatte Erich lieb gewonnen; er beschäftigte sich mehr mit ihm, als mit Maria gehabt, da sie noch in so zarten Alter stand. Häßlichkeit war seine Sache nicht. Er wollte den Enkel, den er erkannt, von aller Welt anerkannt sehen, und ihn für eine glänzende Zukunft erziehen. Als er jedoch seine ehrgeizigen Pläne vor Maria entwickelte, trug er auf Widerstand. Sie strebte für Erich das Gegenteil von allem an, was ihrem Vater wünschenswert erschien; ja, sie forderte

Betrachtungsweise der Centrumsparthei nicht maßgebend sein kann. Es liegt auch auf der Hand, daß die Beteiligung von Mitgliedern der Centrumsparthei an einem derartigen Vereine der Centrumsparthei die Freiheit der Bewegung auf einem Gebiet erschwert, auf dem wegen seiner Schwierigkeit eine möglichst weitgehende Bewegungsfreiheit besonders erwünscht erscheint. Endlich erleichtert eine Vereinsbildung, wie die in Rede stehende, die beliebte Scheidung der Mitglieder der Centrumsparthei in sogen. regierungsfreundliche und sogen. demokratische; an einer solchen Scheidung mögen die politischen Gegner einen Interesse haben, die Centrumsparthei hat es sicher nicht.

Die häufig rechnenden Ultramontanen wollen sich nicht formell festlegen, sie wissen, daß die Arbeiter, Bauern und kleinen Leute, aus denen ihre Wählermasse sich recruiert, Gegner der Flottenwirtschaft sind, daß die Centrumsabgeordneten aus Bayern gegen die Maxinevorlage gestimmt haben, um ihre Mandate zu retten.

Das Centrum will seine Oppositionsdemagogie nicht allzu sehr risikieren, es soll also nicht im Flottenverein festgelegt, sondern zum ungehörten Anhänger stets freie Hand haben.

Denn darauf läuft es hinaus. Kein ernsthafter Politiker glaubt daran heute noch, daß das Centrum dauernden, ernsthaften Widerstand in Heeres- und Flottenfragen leisten werde, wenn die Politik der Liebenswürdigkeiten von oben sich fortsetzt, die mit Ehren und Aemtern, mit kleinen und großen kirchenpolitischen Zugeständnissen nicht geziht und vielleicht einige Blümchen am Ministerische für Strebende wie Herling freihält.

„Regierende Partei“ ist das Centrum, und die Warnungsrufe der Kölnerischen Volkszeitung, die die alte „Reputation“, die schon so brüderlich und verblüft ist, wieder aufrischen möchte, hindern den Gang der Dinge auf die Dauer nicht. Wer vom Papst ist, sieht daran, wer sich danach drängt „mitzuregieren“, muß die Folgen tragen.

Deutsches Reich.

Die Militärvorlage

ist durch die gestern von uns mitgeteilte Notiz aus dem Reichstag, der zur Durchführung dieser Vorlage für 1899 aufgestellt, ein wenig beleuchtet worden.

Danach betragen gemäß der Vorlage die neuen fortdauenden Ausgaben für das preußische Kontingent rund 5 Millionen und für das sächsische Kontingent 1½ Millionen Mark. Für das württembergische Kontingent sind keine Zahlen angegeben. Für das bayerische Kontingent wird bekanntlich nach Verhältnis der Bevölkerung Bayerns zum übrigen Deutschland das Militäraufschwund erhöht. Danach würde die Steigerung der fortdauenden Militärausgaben sich, auch wenn für Württemberg keine Mehrausgaben beansprucht werden, auf jährlich etwa 7300000 Mark belaufen.

Dabei sei vorausgesetzt, daß diese Summe die erste Staffel für weitere Ausgabenvermehrungen nach der Militärvorlage in den Folgejahren darstellen soll.

Die Erhöhung des Ordinariums des Militärateals aus der Vorlage von 1893 belief sich auf 43 Millionen Mark. Damals handelte es sich um eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 70000 Mann. Vergleicht man die damaligen Ausgaben mit den jetzt bekannt gewordenen, so läßt sich aus den neuen Ziffern folgern, daß jetzt eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um etwa 12000 Mann beabsichtigt ist. Die Präsenzerhöhung kann sich relativ geringer stellen, wenn die neuen Ausgaben gegen 1893 verhältnismäßig in höherem Betrag veranlaßt sind durch Vermehrung von höheren Offiziersstellen und Dienstpferden.

Mehreres zu sagen ist unmöglich, bis die Vorlage bekannt ist. Warum veröffentlicht die Militärverwaltung nicht die Vorlage?

Jedenfalls droht eine neue nicht geringe Belastung der Steuerzahler, eine Erhöhung des Militärbudgets, eine Vermehrung der Friedenspräsenzstärke mit ihren zahlreichen üblichen Wirkungen.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Das Altonaer Landgericht verurteilte den Schirmacher Oldenburg, einen verkrampft Gewohnheitsläufer, den gewisse Leute gern zu einem „Attentäter“ zurechtgestuft hätten, wegen Majestätsbeleidigung zu drei Jahren Gefängnis.

Das Münchener Landgericht verurteilte den Tagelöhner Joseph Hochholzer wegen Majestätsbeleidigung, Bekleidung des Prinzregenten von Bayern und Gotteslästerung zu einem Jahr Gefängnis. Hochholzer, den ein Tagelöhner Holzpfahl benannt hat, stellte sämtliche Bekleidungen in Abrede.

von ihm das feierliche Versprechen, daß ihr die entscheidende Verfügung über ihr Kind bewahrt bleibe im Leben und im Tode.

Zweifelnd und erschrocken sah er sie an, aber eine andere Antwort als „ja“ hatte er auf einen von ihr gehäuschten Wunsch nicht mehr.

Ihre unerschütterliche Gelassenheit bewegte ihn in allen Seelenstiefen. Es schien ihm die Gelassenheit einer halb Abgeschiedenen, die nicht mehr wünscht noch hofft. Ihre Mutter, in ihrem letzten Lebensjahre, hatte in ruhigen Stunden denselben Ausdruck stiller Trostlosigkeit gehabt. Maria war jetzt das vollkommene Ebenbild der unglücklichen Frau, und Wolfsberg schauerte manchmal zusammen, wenn sie ihm unerwartet entgegentrat.

Am Abend vor seiner Abreise waren sie aus dem Salon, in dem der Thee genommen worden, in den anstoßenden Ecker getreten. Aus seinen hohen, schmalen Fenstern sah man über die Bäume des Gartens, über das Dorf hinweg auf eine von Trümmern, die aus dem Steinbruch herabgerollt, teilweise bedeckten Hüttewiese. Die Dämmerung war eingebrochen, und in ihrem täuschenden Scheine meinte man einen ungeheueren Friedhof vor sich zu sehen. Wolfsberg blickte lange gedankenvoll hinaus. Ein letztes Mal suchte er Maria zu überreden, ihren düsteren Aufenthalt mit dem auf einem seiner Güter in Tirol oder Österreich zu vertauschen: „Wo Du mir leichter erreichbar wärest und auch Tante Dolph, der die Reise hierher zu beschwerlich ist, Dich besuchen könnte. Und die anderen, die vielen, die Dich lieben. Was mir nur die kleine Fee alles aufgetragen hat! Sie droht, wenn Du ihr durchaus nicht erlaubst zu kommen, es ohne Deine Erlaubnis zu thun.“

„Gieb es nicht zu!“ rief Maria flehend ans. Eine tiefe Rose spießte auf ihren Wangen. „Ich kann niemanden

* Berlin, 25. November. Der Bundesrat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die Ausschusserichte über die Entwürfe der Etats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei, für das Reichsamt des Innern, für das Reichsschiffamt und für den Rechnungshof des deutschen Reichs und stimmte dem mündlichen Bericht über die Vorlage zu wegen Abänderung der Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz vom 10. Mai 1892, bet. die Unterstützung der Familien der zu Friedensübungen einberufenen Männer.

Der Petition, die der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin wegen der Fleischsteuerung an den Reichskanzler zu richten beabsichtigen, wird eine Denkschrift des Direktors des Berliner Viehhofes, Hirschburg, beigegeben. Nach der Allg. Fleischerzg. stellt die Denkschrift zunächst die Abnahme der Schlachtungen, die Einschränkung des Fleischverbrauchs, besonders in der arbeitenden Bevölkerung, den Rückgang der vermögensvergleichenden Verhältnisse und die Abnahme des Verdienstes der Viehhändler und die Preiserhöhung im Viehhandel fest. Die Vieh- und Fleischsteuerung sei darum zurückzuführen, daß die Regierung seit Jahren die Viehfuhr aus vielerlei Nachbarländern verhindere oder erschwere. Die Behauptung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes, daß die deutsche Landwirtschaft den Bedarf Deutschlands selbst zu erzeugen vermöge, sei unbeweisen und werde als unbeweisbar gekennzeichnet. Die Denkschrift führt ziffermäßig den Beweis, daß die deutsche Landwirtschaft den Viehbedarf nicht zu decken im stande sei. Die Zunahme der Viehzucht in den letzten fünf Jahren sei um fast 3 Prozent hinter der Zunahme der Bevölkerung zurückgeblieben. Auch der deutsche Butterbau liefern nicht den Bedarf an Butter. Die Mitwirkung Vieh erzeugender, dünn bebauter Nachbarländer bei der Fleischversorgung Deutschlands sei nicht zu entbehren. Infolge der Grenzverreise sei die Viehfuhr zurückgegangen, während dagegen der Fleischbedarf gewachsen sei. Die Grenzverreise sei gesetzlich nicht begründet, weil die im Gesetz vorgesehene Bedingung für die Grenzverreise, nämlich daß im Ausland die Viehfuhr in einem für den deutschen Viehstand bedrohlichen Grade herrsche, nicht zutreffe, wie aus den amtlichen Veröffentlichungen hervorgehe. Schließlich empfiehlt die Denkschrift, anstatt die Grenzen zu sperren, vielmehr die Seuchen im Innern zu bekämpfen durch ein schärferes Augenmerk auf den heimischen Viehstand und eine gewissenhaftere Erfüllung der Vorschriften beim Ausbruch von Seuchen sowie durch Verbesserung baulicher Einrichtungen für das Vieh zur ermöglichen einer wirksameren Desinfektion.

Der Vorwärts meldet, daß der Berliner städtische Schuldeputation vom Provinzialschulkollegium eine Verfügung zugängig ist, in welcher verlangt wird, daß die städtischen Turnhallen für den sozialdemokratischen Turnverein verschlossen bleiben sollen. Der Wind weht scharf.

Der Nationalzg. wird von „bestimmtreicher Seite versichert“, daß die Ausführung und Liefernahme der Leitung der geplanten Schadsee-Expedition durch die Reichsregierung keineswegs noch zweifelhaft sein kann.

Die Frage des Quebrachozesses wollen die Konservativen der Post zu folge im neuen Reichstag bald nach seiner Eröffnung wieder ansprechen. Die moderne Lederindustrie mit ihrem Großbetrieb kann ohne die ausländischen Gerbstoffe, das Quebrachoholz und die Myrobalanen, Dividendi und Rotechu nicht auskommen. Die aus den deutschen Eichenschädlingsdurchfahrten gewonnene Soße genügt nicht. — Aber was verzögert diese Thatache bei den Agrariern?

Gegenüber einer französischen Staattermelung, daß von der deutschen Regierung Schritte beim französischen Ministerium des Neuen geladen werden seien, um als eine Konzession das Recht für den deutschen Konsul zu erwirken, die deutschen Katholiken in Palästina zu beschützen, versichert die Post, in der Lage zu sein, konstatieren zu können, daß keine Verhandlungen wegen der Protestatorfrage in Paris stattfinden, jo daß überhaupt keine stattfinden könnten, weil es einzig Sache des deutschen Reiches sei, ob es seine Unterthanen in der Fremde beschützen sollte und könne.

Der Reichsanziger schreibt: Der preußische Gesandte beim päpstlichen Stuhle, v. Bülow, ist unter Beilegung des Großkreuzes des Roten Adler-Ordens mit Eichenlaub abberufen und seinem Antrage gemäß in den Ruhestand versetzt worden.

Die Meldung, daß die deutsche Regierung dem Vatikan, zu Händen des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla eine amtliche Mitteilung habe zustellen lassen, wonach sie mit dem Sultan die gerigsten Abmachungen getroffen habe, um wie vorher durch die That, so in der Form Rechts den Schutz der deutschen

sehen, lieber Vater. Läßt mich hier vergraben, tot für alle sein, nur so ertrage ich das Leben.“

Zur Abfahrt Wolfsbergs versammelten sich seine Untergestellten mit ihren nicht immer „besseren“ Hälften im Schloßhof. Auch der Vorsteher der Gemeinde war da. Der Graf hatte derselben einen Teil ihrer Schulden abgenommen, gegen seine Überzeugung, aber auf Marias Fürbitte. — Er kam mit ihr und mit Erich die Treppe herab, brantworte die devoten Kreuzfüße und Knieze der seiner Harrenden mit einer ablehnenden Gebärde, umarmte seine Tochter, küßte und segnete seinen Enkel und sprang in den Wagen.

Maria blieb regungslos stehen und sah ihm nach. Plötzlich bemerkte sie, daß auch die übrigen sich nicht vom Flede gerührt, sondern in unterthäniger Haltung erwarteten, von ihr entlassen zu werden. — Die freche Feindseligkeit hatte sich in eine kriechende verwandelt.

* * *

Ein Jahr nach dem Tode Hermanns schrieb Tessin an Maria. Seine Verfahrung auf einen höheren, wieder überseitlichen Posten, sollte noch im Laufe des Jahres erfolgen; er kam, bevor er ihn antrat, für einige Zeit in die Heimat zurück. In bewegten, tiefen, unwandelbare Liebe atmenden Zeilen bat er um die Gunst eines Wiedersehens und knüpfte daran eine Hoffnung, die vielleicht zu führen war, um in Erfüllung zu gehen. Doch lebte er von ihr, und auf sie verzichten müssen, wäre sein Untergang.

(Fortsetzung folgt.)

Katholiken im öttomanischen Reiche zu übernehmen, wird von der Germania auf Grund von Erkundigungen als „freie Erfindung“ bezeichnet. Dass die Fuldaer Bischofskonferenz auf Antrag des Kardinals Kopp beschlossen habe, ein Auschreiben an die Kurat-Geistlichkeit zu richten, in dem die strengste Aufrechterhaltung und Pflege der guten Beziehungen zu den Gliedern der evangelischen Kirche vorgeschrieben werde, wird als „fette Ente“ ironisiert. —

Die türkischen Blätter veröffentlichten nach dem Umlaufblatt des Vilajets Syrien wördlich die vom Kaiser Wilhelm in Damaskus gehaltene Saladin-Rede. —

Zu der angekündigten Novelle, betr. die Regelung der Gehälter der preußischen Unterbeamten, wird offiziös bemerkt, dass zum Ausgleich für besonders ungünstige Tenterungsverhältnisse, die sich gerade bei den niedriger beförderten Beamten sehr stark geltend machen, Stellenzulagen in grössem Umfang als bisher in Aussicht genommen seien. —

Der Reichsangehörige gibt noch immer nicht den Termin der Reichstagseröffnung bekannt. Die Jerusalemsfahrt des Kaisers bringt es trotz der Ablösung des Reichsprogramms mit sich, dass wichtige Dinge, wie die Einberufung des Parlaments, verzögert werden. Je später der Reichstag berufen wird, desto unfruchtbare ist das Duplex Tage, die er vor Weihnachten zusammen ist. Die eigentliche parlamentarische Thätigkeit beginnt dann erst vom 8. oder 10. Januar an, und da der Reichstag vor dem 1. April fertig sein muss, entstehen dadurch von vornherein Schwierigkeiten der Geschäftsführung. Das persönliche Regiment macht sich immer fühlbarer, die Schwierigkeiten mehren sich. Der Austausch von Begrüßungs- und Beileidstelegrammen erscheint besser organisiert, als die Bevörzung dringender Reichsangelegenheiten. —

Der Geschäftsbauhut des deutschen Arztevereinsbundes hat beschlossen, den nächsten Arztag schon im März 1899 zu Dresden abzuhalten und die Sitzung der Ärzte zu den Krankenassen als Hauptgegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. Als Referenten dazit wurden Landsberger-Posen und Welsch-München bestimmt.

Die „Einigung“. Wolffs Telegraphen-Bureau meldet heute offiziös: „Während der Anwesenheit des Kaisers in München ist durch direkte Besprechung zwischen Alerhöchstbemelben und dem Prinz-Regenten über die Militär-Strasprozeßordnung volle Verständigung erzielt worden. Der Prinz-Regent hat in die Errichtung eines bayerischen Senats mit dem Sitz in Berlin beim Obersten Militärgerechtsamt eingewilligt.“

Dagegen hat der Kaiser Bayern das Recht der Ernennung des Vorsitzenden sowie der Mitglieder in diesem bayerischen Senat und des Militärgerichts bestimmt.

Die ursprüngliche Forderung Bayerns ist damit preisgegeben, und die Verlegung des bayerischen Senats nach Berlin erscheint als ein Kompromiss, von dem die Bayern sicherlich nicht gerade entzückt sein werden.

Die Bündler rüden in den neuen Reichstag gleich mit einem Interpellationsbündel ein. Die Herren vom Bunde der Landwirte wollen erstens wissen, ob und wie der zur Zeit in Berlin ohne das Vorhandensein einer staatlich beanspruchten Produktenbörse stattfindende Getreideverkehr mit den Bestimmungen des Reichs-Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 vereinbar ist?

Ferner fragen sie den Reichskanzler, ob es ihm bekannt ist, dass an der unter der Aufsicht des königlich preußischen Börsenkommissars für die Berliner Börse stehenden Eisenbahn-Börse in Berlin fortgesetzte börsenmäßige Termingeschäfte in solchen Wertpapieren stattfinden, für die nach den Bestimmungen des Reichs-Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 diese Form des Handels verboten ist?“

Auf diesen Schlag wider die verhasste Börse, die sich für das Getreideverkehrsverbot bitter gerächt hat, folgt dreist und unverkrochen zweitens eine Fleischnotinterpellation. Fürst Hohenlohe soll sagen, „ob die zur Zeit in verschiedenen deutschen Bundesstaaten stattfindenden Erhebungen über Vorhandensein und Ausdehnung einer angeblichen (?) Fleischnot von ihm veranlasst worden sind, und, wenn dies der Fall, aus welchen Gründen: gegenüber der Thatsache, dass nach den Ergebnissen der reichsamtlichen Statistik eine über die Vermehrung der Bevölkerung im Verhältnis hinausgehende Vermehrung der Viehhäerde im deutschen Reiche und der Fleischseinfuhr in das Reichsgebiet stattgefunden hat?“

Die unbeschämte Selbstsucht der Viehsgabenempfänger und Massenauflöperer, die Lebensmittelverteuerung gewerbsmäßig betreiben, glänzt in hellem Lichte: die „angebliche“ Fleischnot ist zwar offenkundig, aber die Profite der Usurrier jordan-Wiehölle und Einführerwerke, mögen auch die breiten Massen darunter auf das schwärste zu leiden haben.

Die dritte Interpellation befragt den Kanzler, ob er „bereit sei, dem Reichstage geleggeberische Maßnahmen in Vorschlag zu bringen, die geeignet erscheinen, den derzeitigen hohen Bankdiskont der deutschen Reichsbank auf einen dem Bankdiskont anderer Länder entsprechenden Stand herabzudrücken, um dadurch zur Verbesserung der Konkurrenzlage der gesamten nationalen Produktion des deutschen Reiches gegenüber dem Auslande beizutragen?“

Nette Unwissenheit von Bank- und Geldwesen ist eine Eigenartlichkeit der Junkerschaft, die ihrem Grolle gegen jede nicht stockaristische Bankpolitik auf diese bequeme Art Lust macht.

Das Ende des Prozesses gegen den Kölner Schuhmann Kiefer. (Foll Fassbinder.) In ganz Deutschland ist die Strafsache gegen den Schuhmann Kiefer in Köln, der im Juli 1897 ein anständiges junges Mädchen auf offener Straße als Dirne behandelte und verhaftete, bekannt geworden, und es haben sich mannsfache Erörterungen an diesen Fall geknüpft. Wie man sich erinnern wird, war gegen Kiefer Anklage wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung im Amts (§ 341 Strafges.-B.) in Verbindung mit Körperverletzung im Amts erhoben worden. Das Landgericht Köln sprach ihn jedoch frei und auf Revision der als Nebenklägerin zugesessenen Verleuten, des Fräulein Wilhelmine Fassbinder, hob das Reichsgericht seiner Zeit das Urteil auf, zugleich die Sache an das Landgericht Bonn verweisend. Dieses hat in der Sitzung vom 15. Juli den Angeklagten nur der fahrlässigen Körperverletzung im Amts (§ 340, I. c.) für schuldig befunden und zu einer Geldstrafe von 150 Mk. verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten nun sowohl der Angeklagte, als auch Fräulein Fassbinder als Nebenklägerin Revision eingeregt, die gestern vor dem 1. Sitzungssitz des Reichsgerichts zur Verhandlung kam.

Der Reichsgericht erklärte, dass beide Revisionen der Beklager entbehren, da sie im wesentlichen sich nur gegen die jetzt einwandfreien thatsächlichen Feststellungen richteten. Das Reichsgericht war der gleichen Anschanung und erkannte auf Verwerfung beider Revisionen.

Vom Ausweisungskurse. Neue Ausweisungen aus Schleswig-Holstein melden die Alpenrader Nachrichten. Der Hofbeamte Niß Schmidt in der Nähe von Norburg ist mit Frau und Tochter ausgewiesen worden. Schmidt ist Schleswiger Opunt, etwa 60 Jahre alt und bettlägerig; seine Frau ist kranklich. Zwei Söhne sind preußische Unterthanen, haben ihrer Wehrpflicht in Preußen genugt und können deshalb nicht ausgewiesen werden. Ein aus Dänemark gebürtiger Kreisrat des Hofbeamten Eschenbach bei Tandslet wurde von dem Amtsvorsteher in Augustenburg ausgewiesen.

Die Ausweisungen scheinen sich übrigens nicht auf die Grenzgebiete zu beschränken. Wenigstens sind nach einem rheinischen Blatte in Krefeld zwei seit langem in gutem Ansehen stehende Kaufleute, die aus Russisch-Polen stammen, mit der Ausweisung bedacht worden. Beide betreiben seit Jahren ein Seidengeschäft, und irgendwelcher besondere Grund lag zu der Maßnahme, wie berichtet wird, nicht vor. Auf Verwenden von Krefelder Fabrikanten wurde die Ausweisung bis auf weiteres aufgeschoben; die Entscheidung liegt nun beim Regierungspräsidenten. Beide Kaufleute sind sehr gut situiert und in der Geschäftswelt beliebt. Sie vermittelten einen Teil des Krefelder Geschäfts mit den polnischen Centren, wie Warschau, und besitzen auch dort wie in Brüssel Zweiggeschäfte.“

Von den Ausweisungen in Schleswig allein scheinen sich die Berliner Neuesten Nachrichten noch nicht den erwarteten Erfolg zu versprechen. Sie fragen deshalb die Regierung, wozu und weshalb der Verein zur Erhaltung der dänischen Sprache in Nordschleswig überhaupt geduldet werde. Das sei nichts weiter als verlappter Hoch- und Landesverrat, „mit dem schon nach 24 Stunden hätte ein Ende gemacht werden müssen“. Den Anlaß zu dieser Forderung bietet dem Blatt der von dem genannten Verein herausgegebene Kalender (Almanak) für 1899. Das Titelbild enthalte die Wappen Schleswigs und – des Königreichs Dänemark, die farbige Rückseite eine jinniblättrige Beanspruchung ganz Schleswigs („Süddänlands“) für das Dänenum und das Königreich Dänemark.

Die Londoner Times, das einflussreichste englische Blatt, besprechen in einem Leitartikel die deutsch-englischen Beziehungen und sagen: „Seite an Seite zu stehen mit den englisch sprechenden Völkern auf der ganzen Erde zur Aufrechterhaltung des Friedens und zur Entwicklung der Handelspolitik, deren Verteidiger England sei, das sei die richtige Politik Deutschlands bei den Bewegungen der Zeitzeit. Es sei keine britische Kolonie im Gedanken, bei der deutsches Kapital und deutsche Staatsangehörige nicht interessiert seien. Durch eine dauernde freundschaftliche Haltung gegenüber dem britischen Weltreich schlägt Deutschland in Wahrheit seine überseeischen Interessen weit umfassender, als durch eigene Kolonien. England verlangt dafür von Deutschland thatsächlich weiter nichts, als dass es sich nicht daran beteilige, England in Europa oder anderswo Ungelegenheiten zu bereiten.“

Frankfurt a. M., 24. November. Bei den heutigen elf Stadtverordnetenwahlen wurden sechs demokratisch-fortschrittliche und fünf nationalliberale Kandidaten gewählt, die drei demokratische Sozialdemokraten unterlagen.

Strassburg, 24. November. Offiziös wird geschrieben: „Die verbreite Nachricht von verschiedenen Ausweisungen aus Elsass-Lothringen ist noch dahin zu ergänzen, dass diese Ausweisungen im Laufe der letzten zwei Monate erfolgt sind. Einer der Ausgewiesenen, der französische Staatsangehörige Belain, ein Professor an der Sorbonne, hatte bereits in früheren Jahren geographische Aufnahmen ohne Erlaubnis der Behörden gemacht, worauf ihm im Jahre 1895 protokollarisch eröffnet wurde, dass er zu solchen Aufnahmen um die Erlaubnis der Behörden nachsuchen müsse, anderenfalls würde, wenn man ihn wieder bei solchen Aufnahmen betreffen sollte, eine Ausweisung erfolgen müssen. Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Der schweizerische Staatsangehörige Emil Gunkel, ein Thechandler aus Basel, ist wegen Übertretung von Vorschriften über das Heilverfahren mit einer Geldstrafe von 300 Mk. belegt und, wie alle Ausländer, die eine Strafe erlitten haben, ausgewiesen worden. Andere Ausweisungen haben Ausländer betroffen, die entweder wegen gemeinsamer Strafe erlitten haben, oder die, wie die sämtlichen ausgewiesenen Italiener, als Anarchisten bereits aus der Schweiz ausgewiesen waren.“ So „verleidigt“ sich die Regierung des Diktaturparagraphen.

kleine politische Nachrichten. Kardinal Krementz veröffentlicht in der Köln. Volkszeitung „unter Hinweis auf die hochzeitliche Schenkung des Kaisers einen Aufruf an die Katholiken Deutschlands zu Beiträgen für die Errichtung einer Mariakirche auf dem Grundstück der Dormition de la Sainte Vierge.“ – Der bekannte lutherische Elsässer Pastor Thümmel legt sein Pfarramt in Remscheid nieder. Man bringt diesen Entschluss in Zusammenhang mit der Skandalaffäre des Pastors Thümmel in Altena, des Bruders des Remscheider Pastors. Thümmel beabsichtigt, „zu Studienzwecken nach dem Orient zu reisen“. – Der Redakteur der freisinnigen Tilsiter Allgemeinen Zeitung Spangenberg, der dem Wahlvorstand in Tilsit eine Fälschung des Wahlprotokolls vorwarf, wurde der Tilsiter Strafmaimer zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. – Aus Würzburg wird der Augsburger Abendzg. gemeldet: Gegen Lehrer Illig dahlen wurde bekanntlich vor Gericht zwei Jahre das Disziplinarverfahren durchgeführt, weil er in seinen Schulleistungen im Laufe des Schuljahrs hinter den Fortbewegungen des Lehrplanes zurückgeblieben sein soll. Im Verlaufe des Disziplinarbeschlusses hatte der Magistrat u. a. Sperre der Gehaltsvorstellung verfügt. Diese Maßregel ist jetzt rückgängig gemacht und Lehrer Illig wieder in sein Recht eingerichtet worden. – Die Österreichisch-Ungarische Bank erhobt den Wechseldiskont auf 5 Proz. – Ein Besuch des Jaren in Wien wird vom Bonner Daily Telegraph für Anfang April 1899 angekündigt. Der Zar beabsichtigt ursprünglich, zum 2. Dezember nach Wien zu kommen, aber dieser Plan wurde infolge des Ausgebens der Jubiläumsfeier geändert; nun habe der Zar ganz aus freien Stücken den Wunsch ausgedrückt, den Besuch nach Ablauf der feierlichen Trauer zu machen. Aus diesem Grunde werde dem Besuch in politischen Kreisen besondere Wichtigkeit beigelegt. – Der Bonner Standard meldet aus Odessa vom 23. d. M.: In kleinen militärischen Kreisen verlautet, dass die Besatzung in Russisch-China anfangs nächsten Jahres um 12000 Mann erhöht werden soll. Die jetzt in Philadelphia im Bau befindlichen russischen Kriegsschiffe würden direkt nach Ostasien geführt werden. – Der Volksraad von Transvaal bat beschlossen, die ihm von zwei Firmen wegen Übernahme der projektierten Staatsanleihe gemachten Angebote nicht anzunehmen. Er hat sich vielmehr dahin schließen gemacht, dass die Executive eine Anleihe von 2½ Millionen Pfund Sterling bei der Nationalbank aufnehmen oder an anderer Stelle möglichst gute Bedingungen zur Übernahme der Anleihe zu erlangen suchen solle. Konzessionen sollen nicht gewährt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Die Mehrheit tut ihre Pflicht.

Wien, 24. November. Das Abgeordnetenhaus lehnt mit 189 gegen 96 Stimmen den Anklageantrag Daszyński wegen Verhängung des Ausnahmezustandes in Galizien ab.

Die polnische Junkschaft bleibt ungefährdet. In der Debatte sprachen die Klassefischer der Schlachthoffraktion für die herrliche politische Wirtschaft des Grafen Piniński und verteidigten die Gemeinheiten des Ausnahmezustandes, auch der Ruthene Karatnicki, der im Schleppen der Junkschaft läuft, legte sich für die galizische Ministerregierung ins Zeug.

Daszyński erklärte, in 18 der 33 Beziele sei nicht der geringste Grund für die Verhängung des Ausnahmezustandes gewesen.

Bei der Abstimmung waren der größte Teil des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, Italiener und ein Teil der Mauthnerpartei abwesend.

Im Abgeordnetenhaus brachte Hohenburger (Deutsche Volkspartei) eine Interpellation ein, in der er auf die Gerichte hinweist, dass die Regierung die Erfüllung der 26 Forderungen der Jungtschechen und der tschechischen Großgrundbesitzer zugesichert habe. Da die Erfüllung dieser Forderungen nur unter übermäßiger Schädigung des Besitzstandes der Deutschen durchführbar wäre, so fragt die Interpellation, ob die betr. Gerichte begründet seien.

Frankreich.

Der Generalstab in Altona. – Von Dreyfus. – Feliz L. redet. Aus der Kammer: Dupuy über die Aussichten der österreichischen Konferenz.

Paris, 24. November. General Boulard unterzeichnete heute vormittag den Befehl, wonach Picquart wegen Fälschungen und Gebrauchs von Fälschungen vor ein Kriegsgericht zu stellen ist, das am 12. Dezember zusammentritt. Picquart soll bestraft werden, der Dreyfuskandal durch einen Justizmord an Picquart, dem Enthüller der Generalstab-Schurken, übertrumpft werden.

Das Berör Picquarts vor dem Cassationshofe dauert fort. Während einer Frühstückspause wurde Picquart in das Cherche-Midi-Gesängnis zurückgeführt.

Der Kolonialminister hat Frau Dreyfus ermächtigt, ihrem Mann ein Telegramm zu senden. Das Telegramm soll an den Gouverneur von Guiana gerichtet werden, der es auf direktem Wege an Dreyfus gelangen lassen wird.

Picquart Faure, der Geldkapitalist und Agent der Kapitalistischen Klasse, hielt an die Grubenarbeiter in Lens eine Ansprache. Er habe ihnen durch sein Kommen einen Beweis von der Fürsorge der Regierung für die Arbeiter geben wollen. Er hoffe, die Grubenarbeiter würden auch ferner die Treue und den Patriotismus zeigen, durch die sich die Bergleute der nördlichen Departements stets auszeichneten.

Die kommandierten Grubenarbeiter gehören zu den Bezirken, wo der Sozialismus diese Wurzel gefasst hat; sie werden bei dieser Ansprache des Mannes, unter dem die proletarische Bewegung mit allen Mitteln bekämpft wird, den Erfolg erwarten. Feliz L. befürchtet haben, der wählt, mit seinem albernen Gedanke von oben herab die Grubenarbeiter über ihre betriebene Lage, ihre Not, ihre durch das Grubenkapital ihnen aufgezwungene halbe Hörigkeit zu kündigen.

Der Deputierte Coutant (Soz.) bringt einen Antrag ein, dagegen, den Unternehmern solle verboten werden, mehr als zehn Prozent ausländische Arbeiter zu beschäftigen. Coutant fordert für seinen Antrag die Dringlichkeit.

Ministerpräsident Dupuy bekämpft die Dringlichkeit, weil eine ernsthafte Prüfung des Antrages notwendig wäre. Die Dringlichkeit wird darauf verzogen.

Dejeante (Soz.) richtet an die Regierung eine Anfrage über die Beteiligung Frankreichs an der Antianarchistenkonferenz in Rom.

Dejeante verdammt zwar die Attentate der Anarchisten, erklärt aber, die bestehenden Gesetze seien ausreichend. Er befürchtet, dass man reaktionäre Gesetze schaffe unter dem Vorwande, die Anarchie zu bekämpfen.

Ministerpräsident Dupuy erwidert, die französische Regierung habe der Konferenz gegen den Anarchismus in Rom zugestimmt, denn es bestehe eine „Solidarität“ in dieser Angelegenheit bei den „Nationen“. Frankreich werde nach Rom gehen unter Wahrung seiner inneren Freiheit. Die Konferenz sei dazu bestimmt, Meinungen auszutauschen, das Ergebnis werde wohl eher ein Austausch philosophischer Ansichten sein als Gesetze zur Unterdrückung des Anarchismus. Niemand könne ein Gefühl der Unruhe oder Besorgnis haben.

Baillant (Sozialist) fürchtet, dass man die Sozialisten mit den Anarchisten verwechsle. Mehrere Mächte, die auf der Konferenz in Rom vertreten seien, bereiteten Unterdrückungsmaßregeln gegen die Sozialisten vor.

Nach einer Rede des Sozialisten Bévaux, der darlegt, dass kapitalistische Systeme trage Schuld an dem Anarchismus, nimmt die Kammer eine Tagesordnung mit 420 gegen 107 Stimmen an, wonach die Erklärungen der Regierung genehmigt werden.

Belgien.

Der aufgepflanzte Kultusminister.

Brüssel, 22. November. Zu Ehren des Professors Kurth, eines Wortführers der herrschenden Klerikalen Partei, der vor 25 Jahren die Vorlesungen über „Geschichte“ in Belgien eröffnete, wurde dieser Tag in der Aula der Universität eine Feier veranstaltet, der unter anderen auch der Unterrichtsminister Schollaert, der Kammerpräsident Beernaert und viele sonstige Vertreter der Behörden bewohnten. Der reaktionäre Unterrichtsminister Schollaert, ein Praktiker der Volkserziehung im Lande der Analphabeten, hielt es für angebracht, auf die „Verdienste“ der Klerikalen Regierung um das Unterrichtswesen hinzuweisen. Als er nach Schluss der Feier die Universität verließ, wurde er draußen von Hunderten von Studenten ausgeschrien und mit dem Rufe: Nieder mit Schollaert! begrüßt. Die Verhöhnungen dauerten fort, während der Minister mit seinen Freunden zum Hotel de Suede fuhr, wo ein Festmahl stattfand, sowie bei dem Antritt der Rückfahrt nach Brüssel am Bahnhof. Dabei kam es wiederholts zum Handgemenge zwischen Liberalen und Klerikalen Studenten.

Wahrscheinlich werden diese Händel ein gerichtliches Nachspiel haben.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen.

3 öffentl. Wähler-Versammlungen.

Freitag den 25. November abends 1½ Uhr
in der

Gesellschaftshalle, Lindenau.

Sonnabend den 26. November abends 1½ Uhr
in der

Erholung, L.-Kleinzschocher.

Sonntag den 27. November vorm. 1½ Uhr
im
Gosenthal, Dufourstraße.

Tagesordnung in allen drei Versammlungen:

1. Welche Aufgaben hat die Sozialdemokratie in der Gegenwart und insbesondere in den Kommunen zu lösen?
2. Diskussion.

Referenten für die Versammlungen:

Reichstagsabgeordneter **Emil Rosenow** aus Chemnitz
und die Stadtverordneten

Heinrich Lange, Georg Fell, Otto Pollender.

NB. Es sind dies die letzten Versammlungen vor der Wahl. Genossen, sorgt daher für guten Besuch.

Ostbezirk.

Die Parteigenossen werden ersucht, zwecks Flugblatt-Verbreitung sich

Sonnabend abends von 6 Uhr an

in nachstehenden Lokalen einzufinden:

Anger, Nensellerhausen: Restaur. Markgraf, Bernhardstr.
Niednitz: Restaurant Schöder, Kronprinzstraße.
Neuschönesfeld: Restaurant Gilbel (Schilde), Clarastraße.
Volkmarsdorf: Restaurant Thüringer Hof, Elisabethstraße.
Neustadt: Restaurant Goldener Löwe, Marktstraße.
Sellerhausen: Restaurant Teichmann, Schützenhausstraße.

Südostbezirk.

Die Parteigenossen mögen sich zwecks Flugblatt-Verbreitung

Sonnabend abends von 6 Uhr an

im Restaurant Arnold, Kohlrabi-Insel einfinden.

Sozialdem. Verein L.-Ostbezirk.

Um am Sonnabend eine schnelle und gewissenhafte Verbreitung des die Stadtverordnetenwahlen betreffenden Flugblattes zu ermöglichen, ist es notwendig, daß unsere Mitglieder sich recht zahlreich daran beteiligen. Die Ausgabestellen sind in obenstehendem Inserat verzeichnet. Wir hoffen, daß unsere Mitglieder ihre Pflicht thun werden.

Der Vorstand.

Verein Vorwärts L.-Süd.

Sonntag den 27. November abends 7 Uhr

im Gambrinus zu L.-Connewitz

Vortrag von Frau Duncker-Döll über: Deutsches Schmarotzertum.
Nachdem Geselliges Beisammensein.
Gäste willkommen. — Bahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Paunsdorf.

Sonnabend den 26. November abends 9 Uhr

öffentliche

Einwohnerversammlung

im Alten Gasthof.

Tagesordnung: Zweck und Nutzen der Gemeinderatswahl.
Referent: Stadtverordneter **Lange**, Leipzig. 2. Aufstellung der Kandidaten und Diskussion. [11201] Der Einberüster.

Berantwortlicher Redakteur; Otto Pollender in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung S. Heinrich in Leipzig.

Bau- und Erdarbeiter

einschliessl. Steinetreiber von Leipzig u. Umg.

Sonntag den 27. November vormittags 1½ Uhr

Monats-Versammlung

im Goldenen Ring, Leipzig, Nikolaistraße.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Verbandstage, Aufstellung der Kandidaten als Delegierte hierzu, Beratung der Anträge zur Statuten-Änderung, persönliche Antragstellung etc. 2. Anträge des Agitationskomitees in Bezug auf die von uns gegründeten Bahnhöfen in Warzen, Taucha, Delitzsch, Liebertwolkwitz etc. 3. Gewerkschaftsstiftung. [11140]

NB. Angesichts der wichtigen Tagesordnung und in der Voraussicht, daß unsere Verbands-Delegierten auch auf dem Gewerkschaftskongress unsere Interessen zu vertreten haben werden, sollte es jeder Kollege, welcher noch nicht dem Winterschlaf verfallen ist, sich zur unbedingten Pflicht machen, in der Versammlung zu erscheinen, um mit dafür Sorge zu tragen, daß Männer auf den Verbandstag geschickt werden, welche dort sowie auf dem Gewerkschaftskongress ihren Aufgaben gewachsen geworden sind.

D. J.

Arbeiterverein Knautkleeberg u. Umg.

Sonnabend den 26. November abends 1½ Uhr

öffentl. Versammlung

im Gasthof zum weißen Ross.

Tagesordnung: 1. Vortrag von Frau Duncker-Döll über: Die Aufgaben der sozialen Erziehung. 2. Gemeinderatswahl und Aufstellung der Kandidaten.

Da die Versammlung öffentlich und die Tagesordnung eine so wichtige ist, werden die Einwohner von Knautkleeberg besonders gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. [11106]

Der Vorstand.

Verein deutscher Schuhmacher

(Zahlstelle Leipzig).

Montag den 28. November abends 1½ Uhr Mitgliederversammlung im Coburger Hof, Windmühlenstr. D.-O.: 1. Vortrag über Gewerbegerichtl.

2. Wahl der Delegierten ins Gemeinderatsbüro. Die Ortsverwaltung.

Tabakarbeiter u. Arbeiterinnen

Sonnabend den 26. November abends von 7½ Uhr ab

II. grosses Winter-Fest

im Pantheon, Dresdener Str.

Bestehend in Instrumental-Konzert, humorist. Vorträgen des beliebten Salontrompers Herrn Schwarz, Zithervorträgen und humor.

Aufführungen von Fräulein Elsa Becker und Fräulein Ida Bühlert.

Hierauf: Ball.

Zahlreicher Besuch erwartet.

Das Festkomitee.

Arbeiterverein Leutzsch.

Sonnabend den 26. November

Vereins-Ball

im Gasthof zu Leutzsch.

Ausgang 8 Uhr.

Es kostet ergebnist ein

[11284]

Entree und Tanzen frei.

Der Vorstand.

Gasthaus Stünz.

Teleph.-Nr.

5020.

Teleph.-Nr.

5020.

Sonnabend den 26. November abends halb 9 Uhr

Gemeinde-Verein zu Stünz

öffentlicher Vortrag

über: In Nacht und Eis. Großer Projektions-Vortrag über die Nordpol-Expedition des Dr. Fridtjof Nansen. 80 große Lichtbilder.

Ausgeführt vom Institut „Cosmos“, Leipzig.

Eintritt 10 Pf. Kinder unter zehn Jahren kein Zutritt.

Sonnabend den 27. November 1898

öffentl. Ballmusik

u. Riesenpfannkuchen-Fest

f. Biere u. Speisen.

Hierzu kostet ein

[11218]

Karl Grothe.

Folgende Gegenstände nur

10 Pfennige.

Kindertricots . . . Paar 10 Pf.

Vorhangtmädchenhosen . . . 10 "

Wintertricothandschuhe . . . 10 "

Ballhandschuhe . . . 10 "

3 Paar Herrensöden . . . 10 "

Decorationsfächer . . . 10 "

5 Dyd. klein. Händenknöpfe 10 "

Herrenkravatten, Negaties,

Schleifen . . . Stück 10 "

Kinderläschen, gestrickt . . . 10 "

Kinderlapotten . . . 10 "

Damenknöpfe . . . 10 "

Shawls, Wolle . . . 10 "

Messer und Gabel . . . Paar 10 "

Billig! Schuhwaren.

Damen-Ladyschuhe . . . von Mt. 2.— an

Damen-Gummischuhe . . . von Mt. 1.50 an

Damen-Siebenschuhe . . . von Mt. 1.75 an

Damen-Gordschuhe . . . von Mt. 1.50 an

Damen-Spanngummischuhe von Mt. 3.50 an

Damen-Schnürschuhe von Mt. 3.50 an

Damen-Knopfsliefel . . . von Mt. 5.25 an

Herren-Knopfsliefel, br. von Mt. 6.— an

Herren-Siebelschuhe . . . von Mt. 4.25 an

Herren-Schaffellstiefel . . . von Mt. 5.75 an

Herren-Halbschuhe . . . von Mt. 4.— an

Kinder-Siebel . . . von Mt. 0.75 an

Herren-Siebel m. Lackfar. von Mt. 7.75 an

Damen- u. Herren-Gummischuhe spottbillig

sowie alle Sorten seiner Schuhwaren

billig! [11206]

Nordstrasse 24, p. r. Klein Laden.

Schuhwaren

für Herren, Damen und Kinder kostet man am billigsten

[11207]

Südstraße 52.

Altes Gold und Silber

getr. Uhren tanzt, tanzt u. nimmt

zu börschen Preisen in Zahlung.

Uhrmacher Gust. Kaniss, Tauchaer Str. 6.

14 Markthallenstraße 14.

Gebr. Singer von 15 Mr. an

unter Garantie Petersstraße 34, im

Hof, Mähschänken-Geschäft. [11207]

Uhrmacher Gust. Kaniss, Tauchaer Str. 6.

I. Beilage zu Nr. 273 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, den 25. November 1898.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Italien.

Die Anarchistenkonferenz.

Nom. 24. Nov. (W. T.-B.) Die internationale Konferenz gegen den Anarchismus wurde heute im Palazzo Corsini durch den Minister des Äußeren Canevaro eröffnet. Mit Ausnahme einiger Delegierter, die nicht eingetrossen sind, sich aber ausdrücklich haben, waren die Abordnungen aller europäischen Mächte zugegen, die die Einladung zu der Konferenz angenommen haben.

Canevaro hieß die Verschienenen willkommen und dankte ihnen im Namen des Königs, der sich glücklich schäze, in der Hauptstadt seines Königreiches die Vertreter aller europäischen Staaten zu sehen, und der der Konferenz das beste Gelingen wünsche. Es sei nicht Aufgabe der Regierung, in irgendwelcher Art den Entschiedungen der Konferenz vorzugreifen. Niemand könne sich die vielfachen und großen Schwierigkeiten der Aufgabe verhehlen, die eine peinliche Pflicht den Regierungen aufstelle. Es sei aber als ein gutes Vorzeichen zu begrüßen, daß man sich sofort über die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verständigung im Hinblick auf die Gefahr einig gewesen sei, die die ganze Gesellschaft bedrohe, und für den guten Ausgang der Beratungen verbürgte die hohe Weisheit und der Geist der Eintracht, die alle Anwesenden erfüllten.

Als Vorsitzender (Vorsteher) der freudigen Delegierten dankte der österreichisch-ungarische Botschafter, Freiherr v. Pasetti, dem Vorredner für die Begrüßung, bat Canevaro, den italienischen Präfekten den Ausdruck der Verehrung der Delegierten zu übermitteln, und schlug vor, Canevaro zum Präsidenten zu wählen, der schon wiederholt seine Geschicklichkeit in der Lösung recht schwieriger Fragen bewiesen habe und ebenso auch die gegenwärtigen Beratungen zu einem guten Ende führen werde. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und Canevaro einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Er schlug eine Geschäftsbildung vor, die gemäß einem den Delegierten vorher zugegangenen Entwurf angenommen wurde. Auf Grund der Geschäftsbildung ernannte Canevaro zu Vizepräsidenten Pasetti und den belgischen Gesandten van Loo. Als Schriftführer sind die Botschaftere Graf Büdler, Blondel und Bonhann thätig. Der Eröffnung der Konferenz wohnten der Ministerpräsident Pelloux, der Justizminister und mehrere Unterstaatssekretäre bei.

Nach der Genehmigung der Geschäftsbildung begann die Konferenz ihre Beratungen mit der Feststellung eines Arbeitsprogramms. Um 4½ Uhr nachmittags wurde die erste Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung wird morgen abgehalten werden.

Ein angesuchtes Londoner Blatt, der Daily Graphic, sagt zu der Konferenz: „Obgleich wir zu denen zählen, die gewisse Maßregeln gegen die Anarchisten befürworten, so können wir doch der Konferenz nicht das gewünschte Vertrauen schenken, denn England wird niemals die Maßregeln annehmen können, die in Frankreich und anderen Ländern gegen die Anarchisten ergripen werden.“

Großbritannien.

Neugkeiten aus Afrika. — Wahlreform in Kapstadt. — Verschaffung von Rhodesia. — Belgische und britische Truppen in der Provinz Lado.

2. London, 23. November. Die Nachrichten aus Afrika, woher dem lateinischen Sprichwort zufolge immer etwas Neues gemeldet wird, nehmen noch immer die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Da haben wir in erster Linie aus der Kap-

kleine Chronik.

Leipzig, 25. November.

— Theaternachrichten. Am Sonnabend geht im Neuen Theater Shakespeares Trauerspiel Hamlet in Szene. — Im Alten Theater wird die Operette Faustina wiederholt.

Am Sonntag werden im Neuen Theater die Opern A Basso Porto und Händel und Gretel gegeben. — Im Alten Theater wird Mameli Ritoche, im Carolathéater Das Erbe gegeben.

Der Montag bringt in neuer Einstudierung im Neuen Theater Hannele, Bühnenbildung in 2 Teilen von Gerhart Hauptmann. Den Beschluß des Abends bildet das einstige Drama Frühchen von Hermann Sudermann.

Siebentes Gewandhauskonzert. Unzählig ist Herr Kapellmeister Ritsch bemüht, für das Gewandhausprogramm neue Erörterungen zu machen. Stetig und sicher verfolgt er sein Ziel, der modernen Musik in dem altherühmten Konzertinstitut, von dem sie bis vor kurzer Zeit so gut wie ausgeschlossen war, eine Stätte zu bereiten. Die Novität, die gestern auf dem Programm erschien, Blava (Moldau), symphonische Dichtung von Friedrich Smetana, ist allerdings schon fast ein Vierteljahrhundert alt, aber für das Gewandhaus war sie neu. Smetana, der größte böhmische Nationalkomponist, der uns Leipziger vor allem durch die hier oft aufgeführte hübsche tschechische Oper Die verkaufte Braut bekannt ist, schuf einen aus sechs symphonischen Dichtungen bestehenden Symphonencyklus, den er Má vlast' (Mein Vaterland) betitelt und in dem er das Lob des böhmischen Landes verkünden wollte. Blava ist die zweite Symphonie dieses Cyklus. Der Komponist schildert den Moldaufluß, wie er aus zwei kleinen Becken — durch zwei Motive charakterisiert — entspringt, die sich vereinen, wie er, zum Strom anwachsend, den Böhmerwald durchfließt, wo wie die törichtlichen Janzen einer Jagd vernehmen, dann sich durch Wiesen schlängelt, wo eine lustige Bauernhoheit an seinem Ufer gesichtet wird. Im Mondchein tauchen die Wassermassen aus selenen Fluten, von den Höhen seher Burgen herab. Durch Felsen muss er sich in Stromschnellen den Weg bahnen, bis er als breiter majestätischer Strom am stolzen Prag vorbeifließt und in der Ferne entwindet.

Die Komposition ist ungemein wohlfliegend und klar verständlich; denn die Motive (Jagdhorn, Hochzeitstag, Altvengelang etc.) sind sehr plausibel erfunden, und alle begleitet und durchdringt das Moldaufluß charakterisierende Hauptmotiv. Dabei ergeht sich Smetana nirgends in aufdringlichen oder bizarren Instrumentationseffekten; seine Ausdrucksweise bleibt immer edel; und obgleich die Symphonie (1874) schon bei völiger Taubheit des Komponisten geschrieben ist — Smetana teilte das unglückliche Schicksal Beethovens und des Lieberkomponisten Nob. Franz — so ist sie doch ungemein wohlfliegend. Unter Ritsch's gelehrter Leitung wurde die symphonische Dichtung wundervoll gespielt, es lag ein Hauch zartester Poetie darüber. Den Anfang des Konzerts bildete die Ouverture zu Rübezahl von Karl Maria von Weber, den Schluss die siebente Symphonie von Beethoven. Als Sängerin trat Frau Blanche Marchesi aus London auf. Sie sang die große und schwerearie Ah perfido! (Hal Treuloser) von Beethoven, zwei kleine Lieber: Die Liebe hat gelogen von Schubert, Du armes Herz (aus Theodor) von Händel und die Ballade: Die Böwenbraut von Schumann. Ihre Stimme erwies sich als wohlgeschnitten und klang im Piano und mezzo voce rein, im Forte aber stets unrein und gepreßt. Der Vortrag der Sängerin konnte bei aller Glätte doch nicht erwärmen. H. M.

stadt die Meldung, daß die dortige gehobende Versammlung das Gesetz zur Neuverteilung der Wahlbezirke in zweiter Lesung angenommen hat. Was diese Annahme bedeutet, habe ich in einem früheren Brief in Kürze angedeutet. Cecil Rhodes hat es durchgesetzt, daß 16 neue Mandate für das Unterhaus seiner Kolonie geschaffen werden; ebenso daß die Mandate in genauem Verhältnis zur Bevölkerungszahl stehen. Da die ihm getreuen Abgeordneten, obwohl in der Minderzahl, mehr Stimmen auf sich vereinigen als die sich auf die holländische Bevölkerung stützende Regierungspartei, so geht man wohl nicht irre, wenn man vorausagt, daß der Ränkeschmid Rhodes bald wieder am Ruder der Kapkolonie stehen wird. Er hat jüngst in einer Rede seinen Gegnern den Delzweig entgegengestellt. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß seine Delzweige gerade wie die Geschicke der Dauer kein Vertrauen verdienen.

Heute veröffentlichten die Zeitungen den Wortlaut der neuen Verfassung, die sofort in dem nach Cecil Rhodes Rhodesia benannten Gebiet in Centralafrika in Kraft treten wird. Der Name erhält in diesem Altenstück das amtliche Siegel. Bekanntlich ist nach dem Aufstand der Matabelen und Maschonaneger der Freibrief der von Rhodes geleiteten Handelsgesellschaft von Britisch-Südafrika abgeändert worden, jedoch so, daß die der Gesellschaft verbliebenen Vollmachten eher eine Vermehrung als eine Verminderung erlitten haben. Gleichwohl hat man es für nötig erachtet, die von der Gesellschaft ausgestellten Verwaltungsrechte einzuschränken. Ein Kommissar und ein Militärdirektor, die beide aus Reichsmitteln bezahlt werden, teilen sich in die Ebene und in die Militärverwaltung des Landes und sind dem in der Kapstadt residierenden Hochkommissar für alle Handlungen verantwortlich. Der englische Kolonialminister ernannt den Militärdirektoren und seine Offiziere. Der Kolonialminister hat ebenfalls das Recht der Bestätigung der von der Gesellschaft ernannten Verwaltungsbeamten und der Richter, womit man einer Wiederholung der Verschwörung von 1895 vorzubeugen hofft.

Die heutigen Times bringen einen aus Uganda datierten Bericht über die Vorbereitungen, die in diesem britischen Schutzgebiet zur Abfertigung von Truppen nach dem Nyl getroffen wurden, wo sie mit den von Lord Kitchener nach Omdurman, Gashoda und Sobat vorgeschobenen Truppen in Verbindung treten sollen. Die im Laufe der letzten Tage aus dem belgischen Kongogebiet über Liverpool nach London gelangten Meldungen haben bereits die Anwesenheit britischer Truppen (es sind indische Sepoys und sudanesische Krieger) in dem als Vadoprovinz bekannten Gebiet westlich vom Weißen Nil zu unserer Kenntnis gebracht. Diese ehemalige ägyptische Provinz Lado wurde vor beiläufig vier Jahren von den Engländern an den König Leopold von Belgien als Eigentümer des Kongostates in lebenslängliche Pacht gegeben und die dort stehenden Truppen des Kongostates haben auch blutige Kämpfe mit den Dervischen bestanden, Nebstdem eingenommen, und in dieser Hinsicht den von Osten kommenden britischen Offizieren und ihren eingeborenen Soldaten in wirksamster Weise vorgearbeitet. König Leopold wünschte jenes Gebiet in Pacht zu nehmen, um vom Kongostaat aus den Handel in das Nilthal überleiten zu können. Der vor vier Jahren von England mit Leopold abgeschlossene Vertrag stieß in Frankreich auf großen Widerstand. Es sollen zur Zeit etwa 4000 Truppen des Kongostates in der Provinz Lado stehen. Dass diese mit den jetzt aus Uganda und Unyoro herübergekommenen von englischen Offizieren befehligen Truppen in irgend welcher Weise feindlich zusammenstoßen werden, wie man in deutschen Zeitungen vermutet, ist durchaus ausgeschlossen. Die Truppen des Kongostates befinden sich dort, Kraut eines Vertrages. Die ägyptische Regierung, in deren Namen Lord Rosebery und Lord Kimberley den Vertrag abgeschlossen, hat sich ihrer Hoheitsrechte nur zeitweilig entzweit; mit dem Absterben des Königs Leopold treten diese wieder in Kraft. Dann wird auch der Traum des Cecil Rhodes verwirklicht, britisches Gebiet reicht von Kairo bis nach der Kapstadt, mit einziger Ausnahme einer kleinen schmalen Landstreite, die Lord Salisbury in 1890 zwischen Uganda und dem Tanganyikasee der deutschen Regierung zugestand. Die englische Regierung möchte gern dieses Hindernis in dieser direkten Verbindung wieder beseitigen. Aber Deutschland legt mit Recht einen großen Wert darauf.

Noch eine Minsterrede.

London, 25. November. In einer gestern abend in der Handelskammer zu Croydon gehaltenen Rede sprach der Handelsminister Ritchie sein Bedauern über die jüngste Differenz mit Frankreich aus und erklärte, es gäbe kein Land, mit dem England in freundlicheren Beziehungen zu leben wünsche, als Frankreich. Im weiteren Verlaufe seiner Rede sagte er mit Bezug auf Englands Handel, er könne nicht umhin, Unruhe darüber zu empfinden, daß England in seinem Außenhandel so schnell eingeholt werde, namentlich durch Deutschland und die Vereinigten Staaten. Es sei bedauerlich, zu erfahren, daß seit 1891 diese Länder ihre Ausfuhr vermehrt hätten. Die Ausfuhr Frankreichs habe seit diesem Jahre um 1½ Proz., die Deutschlands, Hollands und Belgiens zusammen um 12½ Proz. und die der Vereinigten Staaten von Nordamerika um 18 Proz. angenommen, während die britische Ausfuhr um 4 Proz. abgenommen habe.

Man sollte indessen diesen Ländern die Steigerung ihrer Wohlhaben nicht misgönnen; denn so oft fremde Länder derartige Vorteile gewonnen und reicher geworden seien, habe auch England dabei gewonnen. Das Gedränge Deutschlands sei nicht allein auf dessen höheres Unterrichtswesen, sondern auch auf den ausgezeichneten Stand seines Mittelschulwesens zurückzuführen, und er hoffte, daß die englische Regierung diesem Punkte ihre Aufmerksamkeit zuwenden werde.

Gerichtsstaat.

G. Aus Elsaß-Lothringen, 23. November. Die Prostituierte als Geschäftsfreihende. Einen recht interessanten Beitrag zu der Frage, wie man heutzutage „Geschäft“ macht, lieferte eine Verhandlung, die kürzlich vor der Strafkammer des Landgerichts Baden stattfand. Die Firma Lichtenberg und Großmann, Buchhandlung in Köln a. Rh., hatte gegen die von ihr als Geschäftsfreihende für Lothringen angestellte Prostituierte Swanheimer, 28 Jahre alt, gebürgt aus Kalv in Württemberg, Strafantrag gestellt wegen Fälschung von Verstellungen. Die Angeklagte ist bereits sechzigmal vorbestraft, zumeist wegen Unzucht und Kontrollübertretungen, und zwar von 1889 bis 1894 fünfzigmal, später noch in Würzburg, Erlangen, Coburg, Saarbrücken. Sie soll nun eine Bestellarie,

auf die Realencyclopädie der gesamten Heilkunde von Gulenburg lautend und mit der Unterschrift eines Oberstabsarztes Dr. Schneider in Saarburg versehen, an ihre Firma eingefand und sofort 40 M. Provision dafür verlangt haben. Die Firma in Köln landete das Geld an die Spanheimer, die Bücher an Dr. Schneider. Die Annahme der Bücher wurde jedoch, weil nicht bestellt, verwiegt. Die Unterschrift auf der Bestellakte war nachgewiesen von Männerhand. Nach eigener Aussage vorher recht viele gute Aufträge aus den Kreisen der Offiziere und Militärärzte vermittelte.

Einen sehr interessanten Einblick in diesen „Geschäftsbetrieb“ gewährte die vor Gericht gegebene Darstellung der Beschuldigten über den Sachverhalt. Sie erzählte ungefähr das folgende: „Ich war auf der Reise von Mexiko nach Dienst, um dort das 17. Infanterieregiment „durchzuarbeiten“. Unterwegs bemerkte ich beim Umsteigen in einem Coups 2. Klasse einen Reisenden allein, den ich an der Uniform als Stabsarzt erkannte. Ich dachte, es sei hier ein Geschäft zu machen und stieg zu ihm ein. Der Herr zeigte sich sehr liebenswürdig, unterhielt mich, nachdem ich ihm meine Kataloge gezeigt, eine Bestellung als Dr. Schneider und lud mich ein, ihn zu Hause zu besuchen. Die Bestellung sandte ich ab, hegte aber gleich darauf Befürchtungen, einer furchtbaren Gemeinde zum Opfer gefallen zu sein, weil ich mich auch geschäftlich mit dem Mann eingeschlagen hatte. Ich schrieb alsbald meiner Firma eine Karte, sie sollte die Bücher vorerst nicht absenden, reiste nach dem Wohnort des angeblichen Dr. Schneider und entdeckte dort, daß ich die Vetrogene war. Die Provision von 40 M., die ich inzwischen erhielt, hätte ich nicht nötig gehabt, da mir mein Haus erst kurz vorher 140 M. geschadet hatte. Sofort schrieb ich den ganzen Sachverhalt ausführlich an die Firma, deren Schaden übrigens nicht mehr als 12 M. betrug, weil ich noch ein Guthaben von 28 M. hatte.“

Die Staatsanwaltschaft beantragte wegen Vertrags und Urkundenfälschung 8 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch auf kostenlose Freisprechung und setzte die Angeklagte, die bereits 11 Wochen in Untersuchungshaft gesessen hatte, sofort auf freien Fuß, weil es nach dem Ergebnis der Verhandlung nicht ausgeschlossen sei, daß sie einem Vertrag zum Opfer gefallen und die Sache sich so verhalte, wie sie es darstelle. Was geschieht aber jetzt mit dem „liebenswürdigen“ Herrn Stabsarzt?

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Ackermanns Ende. Wohl mehr der Not gehorrend als dem eigenen Triebe, hat sich Herr Ackermann veranlaßt gesehen, dem Stadtverordnetenkollegium in Dresden mitzuteilen, daß er mit Ende dieses Jahres sein Vorsteheramt niederzulegen und ganz aus dem Kollegium auszuscheiden beabsichtigt. Das Schreiben lautet: „An die Herren Stadtverordneten. Nachdem ich 45 Jahre lang als Stadtverordneter und als Direktoriumsmitglied thätig gewesen bin, bitte ich zu gestatten, daß ich mit Ende dieses Jahres die in Rente stehenden Funktionen aufzugeben und ganz aus dem Kollegium ausscheide. Ein kräftiges Zeugnis beizubringen bin ich, wenn es verlangt wird, bereit. Hochachtungsvoll u.“ Die Stadtverordneten gewährten die Entlassung und verzichteten natürlich auf das ärztliche Alter, wußten sie doch zu genau, daß der altersschwache Ackermann nicht mehr in der Lage ist, seine Funktion als Stadtverordneter und noch viel weniger als Vorsteher zu erfüllen. So ist es denn nun zu Ende mit seiner Herrlichkeit im Stadtverordnetenkollegium, trotzdem er noch vor ganz kurzer Zeit öffentlich erklärt hat, er denkt gar nicht daran, seine Ehrenämter niederzulegen und sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen. Und er wäre gewiß auch nicht gegangen, wenn ihm nicht in nachdrücklichster Weise nahegelegt worden wäre, sich zu verabschieden. Und wo er nicht gegangen wird, da bleibt er. So steht Herr Ackermann auf einer Liste der ausscheidenden Kirchenvorstandsmitglieder der Auengemeinde; er wird aber zu gleicher Zeit als einer von denjenigen Herren bezeichnet, die wieder gewählt werden können. Er verzichtet also nur dort auf eine Wiederwahl, wo man ihn zu regelrecht abstimmt, wie es anscheinend die Stadtverordneten, allerdings unter Ausschluß der Dissenlichkeit, gehan haben.

* * *

Das Urteil des Dresdener Landgerichts, das wegen eines Streitvergehens auch auf Cherverlust erkannte, erregt begreiflicherweise überall berechtigtes Aufsehen. In Berlin wurde in einer Versammlung des Wahlvereins für den sechsten Reichstagswahlkreis folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung hat mit Entschluß Kenntnis genommen von dem Urteil, wonach ein Münzer, der aus Akten einer Vohnreduktion zum Unternehmer gesagt haben soll: „Wir werden dafür sorgen, daß Sie keine anderen Leute bekommen“, mit 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Cherverlust bestraft worden ist. Die Versammlungen erklären, daß dies Urteil im kraschen Widerspruch mit dem § 152 der Gewerbeordnung steht und fordern unsere Abgeordneten auf, im Reichstag dafür Sorge zu tragen, daß solche und ähnliche Urteile, die das Rechtsgefühl des Volkes verletzen, genügend gekennzeichnet werden.“

Die Frankfurter Zeitung bemerkt zu dem Urteil: „Cherverlust — es ist in der That kaum glaublich. Sogar in Majestätsbeleidigungs-Prozessen, wie z. B. im Fall Harden, hat das Gericht erkannt, daß chroste Gesinnung nicht anzunehmen sei, und hier straft man einen Arbeiter, der ein unbekanntes Wort fallen ließ und verunlücklich wegen seines Bildungsgrades es gar nicht abzuwenden wußte, mit Cherverlust! Und 6 Monate Gefängnis! Als aber lätzlich in Eisenach Innungsmeister einen Kollegen schriftlich bedrohten, wurden sie aus § 153 der Gewerbeordnung zu 1 Tag Gefängnis verurteilt! Wan vergleiche! — Wohin wird uns diese Gleichsprechung noch führen?“ Das haben wir auch schon oft gefragt.

* * *

Die verunglückte Staatsaktion. Vor einiger Zeit wurden bekanntlich die Komiteemitglieder eines Gesangvereins im altenburgischen Städtchen Göhniß, der einen Aufzug nach Meerane unternommen hatte, wegen Tragens republikanischer Abzeichen unter Anklage gestellt, weil sie als Komiteeabzeichen rote Nekken angestellt hatten. Die Nebelhäder erhielten darauf von der Polizeibehörde in Meerane Strafmandate, gegen die aber richterliche Entscheidung beantragt wurde. Das Schöffengericht sprach aber die Angeklagten frei. Gegen dieses freisprechende Einkennis ergriff nun der Amtsgericht das Rechtsmittel der Berufung, die er jetzt wieder zurückgezogen hat. Den Beteiligten ging folgendes Schriftstück vom Amtsgericht Meerane

zu: „Die Vernunft gegen das Urteil des königl. Schöffengerichts Meern vom 12. Oktober 1898 gegen den Tischlergesellen Friedrich Härter und Genossen wegen Vergehen nach der Sächsischen Verordnung vom 14. Juli 1849, Tragen republikanischer Abzeichen betreffend, ziehe ich hiermit zurück.“ Diesmal war es also nichts. Man glaubt aber nicht, daß nun in Sachsen niemand mehr wegen Tragens republikanischer Abzeichen bestraft werden könnte, wenn er eine rote Kelle aufsteckt. Es sind im Gegenteil schon wiederholt deshalb Verurteilungen erfolgt. Wenn aber in dem vorliegenden Falle Freisprechung erfolgte, so wohl nur deshalb, weil es sich mit dem besten Willen bestritten ließ, daß es sich um Komiteeabzeichen und nicht um Abzeichen republikanischer Gesinnung handelte.“

Die Generalversammlung^{*} des konservativen Landesvereins in Dresden beschloß, daß Kartell, wie es bisher von den sächsischen Landtagsabgeordneten der Ordnungsparteien abgeschlossen war, auch in Zukunft und zwar auch in formeller Form, aufrecht zu erhalten und den Vorstand des konservativen Landesvereins zu beauftragen, in diesem Sinne mit dem Vorstand des Nationalliberalen Landesvereins in Verbindung zu treten.

Wir zweifeln gar nicht daran, daß das Kartell formell wieder zu stande kommt, aber einen praktischen Wert wird es kaum haben, da sich die Gegensätze zwischen beiden Parteien in den einzelnen Wahlkreisen immer mehr zuspielen.

Dresden, 24. November. Der Geschäftsausschuss des Deutschen Arztvereinsbundes hat beschlossen, den nächsten Deutschen Arzttag im März 1899 in Dresden abzuhalten und auf ihm hauptsächlich die Stellung der Ärzte zu den Krankenkassen zu behandeln.

Der Dresdener Sittlichkeitsverein ist bei der Behörde um Einschränkung der zahlreichen Tanzvergnügungen und um Beseitigung der Mißstände in einigen Lokalen mit Damenbedienung eingekommen.

Wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens wurde heute nachmittag einer der „Edelsten und Besten“, der 46 Jahre alte verheiratete und hier im (englischen) Viertel der Vornehmen wohnhafte Mittmeister a. D. v. Schwerdtner vom hiesigen Landgericht zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrenverlust verurteilt. Es handelt sich um den schon seiner Zeit in weiteren Kreisen der Presse erörterten Fall, der sich im hiesigen Hotel Stadt Breslau zugetragen hat. v. Sch. hat Mitte Juli — seit dem 20. Juli befand er sich in Haft — ein Schulmädchen auf ein Zimmer des erwähnten Hotels gelockt und dort das vichische Verbrechen begangen. Die Wirtin des Hotels, die Verdacht schöpfte, hat den Fall zur Anzeige gebracht. Nur weil das Gericht ihm mildernde Umstände abbilligte, blieb der vornehme Verbrecher vor dem Buchhaus verschont. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß ein anderer adeliger Verbrecher, ein Freiherr Eichler v. Eichkron, ein Polytechnikumsstudent, der der höchsten Aristokratie entstammt, wegen eines ähnlichen Verbrechens vom Landgericht vor einiger Zeit zu, wenn wir nicht irren, einem Jahr Gefängnis verurteilt, dann aber begnadigt wurde.

Mylau i. B., 23. November. Verschiedenen Zeitungen wird von hier folgendes berichtet: „Der verstorbene Altreichsanzler Fürst Bismarck war Ehrenmitglied des hiesigen Deutschen Kriegervereins. Diese (1) Ehrenmitgliedschaft ist nun fürzlich von genanntem Vereine dessen ältestem Sohne Fürst Herbert von Bismarck, angeboten worden. Nach einem eingegangenen Schreiben hat er sie unter herzlichen Dankesworten auch angenommen.“ Daß Herbert diese, das heißt also die Ehrenmitgliedschaft seines Vaters, angenommen hat, ist weit von ihm. Dem Mylauer Kriegerverein wäre vielleicht anzuraten, gleich eine ehrende Ehrenmitgliedschaft für die Dynastie Bismarck einzurichten.

Meine Nachrichten aus dem Lande. In Oederan ist wegen starken Auftriebens der Diphtheritis unter den Schülern auf Anordnung des Bezirksamts die Schule geschlossen. Auch in Lavalde in der Amtshauptmannschaft Löbau ist unter den Schülern eine Masern- und Diphtheritisepidemie ausgebrochen, die die Schließung der Schule notwendig machte, da fast die Hälfte der Kinder erkrankt ist. — Zwei Schüler des Mittweidaer Technikums, die im Mönchhof in Chemnitz ein Duell ausgetragen und sich dabei mittels Schläger unerhebliche Verletzungen beigebracht hatten, wurden vom Landgerichte zu je 8 Monaten, der Startellsträger zu 1 Woche und ein Chemnitzer, der die Waffen etc. sowie das Volk befürchtete, zu 1 Monat Festung verurteilt. — Das Ministerium hat den Beschluss des Gemeinderats in Trachau bei Dresden, die unauffälligen Wähler in eine erste und zweite Klasse zu teilen, gutgeheißen. — In der Schule zu Treuen wirkte seit einigen Tagen eine bayerische Lehrkraft, der Schulamtspraktikant Döderlein in Wassertrüdingen. Er ist als Befor für eine zur Zeit unbefestigte Hilfsschulreiterin eingewesen. — Im Vogtlande ist der Winter eingezogen. Der erste Schnee dieses Winters bleibt auf den nicht froststarren, aber gut abgetrockneten Fluren und Wegen liegen. — In Hohenstein-Ernstthal ist der Baumeister Dünnbier verschwunden. Unterm 19. November ist seitens des Amtsgerichts das Konkursverfahren über das Dünnbiersche Vermögen eröffnet worden, und mancher von den Handwerkern und Lieferanten Dünnbiers, die da glaubten, durch die diesjährige flotte Bauperiode ein gutes Stück Geld zu verdienen, werden sich in ihren Erwartungen zum Teil getäuscht sehen. Dünnbier war ein Abenteurer und Lebemann und hat trotzdem sein Baugeschäft gut florieren, bedeutendes Vermögen durchgebracht. — Auf Bahnhof Deutschendorf bei Rossen wurde Donnerstag vormittag der Hilfsbaumanbeiter Müller aus Rossen von einem Arbeitszuge, den er als Aussichtsbeamter begleitete, übersfahren und getötet.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagwahlkreise.

m. Wurzen, 24. November. Nach langer, schwieriger Vorbereitung des Gewerkschaftskartells wird sich auch eine Versammlung nächst Sonnabend abend 9 Uhr in Stadt Wien mit der Angelegenheit der Bauhilfsarbeiter-Organisation beschäftigen. Der Bauarbeiter-Vadhoff aus Leipzig wird anwesend sein.

Der Bau der neuen Kuhmühlenbrücke ist nunmehr so weit gediehen, daß er seiner Vollendung entgegen sieht. Noch kurze Zeit und der Verkehr kann wieder aufgenommen werden. Seit einigen Tagen wird nun auch an der neuen katholischen Kirche gearbeitet, sie kommt an die Stelle der Roßscher- und Böschinger Chaussee. Die Ausführung hat der Baumeister G. Schmidt von hier erhalten. Der Anbau der neuen Knabenschule, der dem Baumeister Mannweitz übertragen worden ist, ist auch bereits in Angriff genommen. Die Bauarbeiter dürfen, wenn das günstige Weiter anhält, dieses Jahr eine etwas längere Arbeitsperiode zu verzeichnen haben.

Hier verbreitet sich seit den letzten Tagen das Gericht, daß das Jägerbataillon verfestigt würde, um dessen Stelle Wurzen ein neues Infanterie-Regiment erhalten sollte. Andere Leute wollen

wieder wissen, daß ein Artillerie-Regiment nach Wurzen komme. Immerhin diese Gerüchte wahr sind, wird die Zukunft beweisen.

Harden über Bismarck.

Maximilian Harden, der Herausgeber der Zukunft, erzählte gestern auf einem vom Deutschen Buchhandlungsgesellschaftsverbande im Kristallpalast veranstalteten Wohltätigkeitsfeste vor mehr als zweitausend Hörern in der Oberhalle Erinnerungen an Friedrichsruh. Er kam spät zu Worte, erst gegen 11 Uhr, nachdem die Gäste eine lange Reihe von musikalischen Darbietungen genossen hatten. Aber schon nach wenigen Sätzen hatte er sich die volle Aufmerksamkeit des Publikums gesichert.

Wie der sehr jugendlich ausschende berühmte Journalist mit

deutlicher Stimme in schlichtem ruhigem Vortrage mehr plauderte,

als redete und die spöttisch und feinsten Bemerkungen mit der harmlosen Miene von der Welt vorbrachte, hatte er die Zuhörer bald in seinem Bann, die jedes sarkastische Epigramm mit lauter Zustimmung lobten.

Er erinnerte am Eingang seiner Plauderei an die Worte, die Bismarck 1892 vor seiner Reise nach Wien gesprochen hat, als jemand über ihn schreiben wollte: es gäbe schon soviel Legenden über ihn, daß man sie nicht vermehren sollte, und das beste, was man über ihn sagen könne, dürfe man vielleicht jetzt noch nicht sagen. Danach wolle sich der Redner richten und nur einige Erinnerungen zum besten geben, ohne in die Fußstapfen des berühmten Leipzigers Moritz Busch zu treten,

mit dem er überhaupt nicht in Wettbewerb treten möge. Er schildert dann sein Verhältnis zu Bismarck, mit dem er Anfang 1891, als er (Harden) noch „unbescholten“ war, in Verbindung getreten sei. Er sei immer lediglich Gast im Bismarckschen Hause gewesen, niemals, wie behauptet worden, Bismarck-journalist. Nebrigens wäre es immer noch ehrenvoller gewesen, Bismarck-journalist zu sein als z. B. Kommissionär in Byzanz.

Niemals habe er vom Fürsten die Order empfangen, etwas zu schreiben, und habe nicht immer die Meinungen vertreten können, die dem Fürsten in den letzten Jahren richtig erschienen seien.

Die Zeit, in der er mit Bismarck verfehlt habe, gliederte sich ihm in drei Abschnitte. In der ersten Epoche, kurz nach der Entlassung, sei Bismarck politisch außerordentlich leidenschaftlich gestimmt gewesen. Der Groß über die Entlassung und Gestaltung der politischen Verhältnisse habe ihm scharfe Urteile in den Mund gelegt.

In hohem Maße des Wertes seiner Persönlichkeit bewußt, habe er sich sehr einsam gefühlt, da nur einzelne Männer, die ihm früher nahestanden, gewagt hätten, ihn aufzusuchen, einige bei Nacht; die Hauptähnliche aber, die unter Bismarcks Fahne früher gefochten, seien nicht gekommen.

In dieser Zeit habe der Fürst wohl immer noch den Gedanken gehabt, daß er einmal zurückkehren würde, wenn er auch im Gespräch abgewehrt und gesagt habe: „Ich werde doch nicht dahin zurückkehren, wo man mich einmal herausgeworfen hat.“

Das sei anders geworden seit dem Jahre 1892, seitdem er die zweite Epoche, die Epoche der Heiterkeit datiere, die bis zum Tode der Fürstin reichte. Als er damals wie ein Triumphator durch die Lande gezogen sei, habe er sich wohl über das Hurraufen gefreut, aber er habe hinterher die politische Aktion vermieden, und das Gefühl, alt geworden zu sein, sei in ihm stark geworden.

Nach der Rückkehr von der Reise habe er die politischen Ereignisse mit ruhiger Heiterkeit verfolgt und den Gedanken an eine Rückkehr ins Amt aufgegeben. Der Tod der Fürstin, mit dem diese Epoche ruhiger Heiterkeit endete, habe ihn zwar nicht gebrochen, wie behauptet worden ist, aber nun mehr sei das humoristische Element in seinem Wesen zurückgetreten, die hohen Worte hätten aufgehört, und er habe schwer unter dem Gefühl des Alters gelitten.

Im Bewußtsein verschwindender Lebenskraft habe er den Bruch in der antiken Welt, daß Greise im höchsten Alter sich das Leben nehmen, rühmen können. Über sein Wesen sei eine erhabene Stille gekommen, und er habe die Stunde des Todes gesegnet. Deshalb solle man auch ohne Pathos von seinem Tode reden.

Einstens gingen wir entgegen, und wer Bismarck ehren wolle, möge nicht

stolzisch die Ideen des Fürsten festhalten, sondern den neuen Förderungen der neuen Zeit genügen: die Hauptache sei, fest zu seiner Fahne zu stehen, wie Bismarck es gethan habe.

Auf diese Weise solle man Bismarckschen Geist pflegen, auch auf die Gefahr hin, nicht Hoffsieber zu werden.

Das Publikum nahm die Ausführungen Hardens mit demonstrativem Beifall auf und bereitete ihm am Schlusse eine lebhafte Ovation.

Diese Sympathiekundgebungen für den nicht mehr „unbescholtenen“ Harden seitens eines Publikums, das sich durchaus aus den bürgerlichen Kreisen des gut monarchischen Leipzig rekrutiert, erscheinen sehr bemerkenswert.

Sie sind gerade jetzt, kurz nach Hardens berufsem Prozesse hinter verschlossenen Thüren und seiner Verurteilung zu sechs Monaten festhaft, ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit, das zu deutet.

Das Publikum nahm die Ausführungen Hardens mit demonstrativem Beifall auf und bereitete ihm am Schlusse eine lebhafte Ovation.

Diese Sympathiekundgebungen für den nicht mehr „unbescholtenen“ Harden seitens eines Publikums, das sich durchaus aus den bürgerlichen Kreisen des gut monarchischen Leipzig rekrutiert, erscheinen sehr bemerkenswert.

Sie sind gerade jetzt, kurz nach Hardens berufsem Prozesse hinter verschlossenen Thüren und seiner Verurteilung zu sechs Monaten festhaft, ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit, das zu deutet.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. November.

Unsere Vermutung. daß die sächsischen Konservativen den Herrn v. Frege, den „Grünen Jungen“ Frege, zum Vicepräsidenten des Reichstags gemacht sehen wollen, bestätigt sich. Jetzt

meldet die Deutsche Tageszeitung, daß die Konservativen den Frege als ersten Vicepräsidenten in Vorschlag bringen werden, wenn Graf Bassewitz Präsident werden sollte. Die Frei-

sinnige Zeitung bemerkt dazu: Es gibt im Reichstage kaum eine Persönlichkeit, die bei allen Parteien unbeliebt wäre als Abg. v. Frege, nebenbei einer der extremsten Agrarier, so extrem, daß er bei seinen Neben vielfach von den Agrariern selbst nicht ernst genommen wird.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten wegen Hochverrats denunziert. Das in Braunschweig erscheinende Welschenorgan Brunnonia hat die Leipziger Neuesten Nachrichten wegen eines Artikels, der sich gegen die Thronfolge der Cumberländer richtete, beim Herzoglichen Staatsanwalt zur Anzeige gebracht und zwar auf Grund des Hochverratsparagraphen des Reichsstrafgesetzbuches. Die Brunnonia hätte auch etwas Gescheites ihnen können, als diese thörichte, unsine Angeberei. Nebrigens aber kann man zu der Sache sagen:

Schiffmann, sag's mir ehrlich,

Ist's denn so gefährlich?

Von der Universität. Über den aus dem Verbande der Leipziger Universität ausscheidenden ordentlichen Professor der Physik Gustav Wiedemann entnehmen wir der Voss. Jtg. folgende Daten. 1826 als Sohn eines Großkaufmanns in Berlin geboren, studierte er ausschließlich an der Universität seiner Vaterstadt. Wiedemann erhielt Zutritt zu dem Privatlaboratorium des Physikers Magnus, der damaligen einzigen wissenschaftlichen

Arbeitsstätte in Berlin für Studierende der Physik und Chemie. Hier traf Wiedemann mit einer Zahl gleichstrebender Männer zusammen, die sich zum physikalischen Verein, dem Vorläufer der heutigen physikalischen Gesellschaft zusammenfanden. Enge Freundschaft schloß Wiedemann damals mit Hermann Helmholz. Sie vereinigten sich zu besonderen Privatstudien. In Berlin war nicht für die Unterweisung in der theoretischen Physik georgt. Dieser Wissenszweig war hier fast verpönt. Die Physiker halten alkoholreiche unter Hegel-Schelling'scher Naturphilosophie gelitten. Männer wie Magnus wollten für die Physik und Chemie nur das Experiment, nicht die philosophisch angehauchte Theorie gelten lassen. Helmholz und Wiedemann hatten aber aus ganz' magnetischen Untersuchungen die Bedeutung der theoretischen Physik lennen gelernt.

Sie empfanden, daß im Betriebe der physikalischen Studien in Berlin eine Lücke war. Um sie für sich auszufüllen, verschafften sie sich die Poisson'schen Schriften zum gemeinsamen Studium. 1847 brachte Wiedemann mit der Doktorpromotion (die Doktorfestschrift über das Biuret hat bleibenden Wert) sein akademisches Studium äußerlich zum Abschluß. Er verblieb aber bei der Universität, um seine physikalischen und chemischen Studien fortzusetzen. Studien über den Unterschied der elektrischen Leitung an der Oberfläche von Kristallen und über die Drehung der Polarisationsebene des Lichtes durch den galvanischen Strom trugen ihm die Erlaubnis zum Eintritt in den Lehrkörper der Berliner Universität ein. Zu das Habilitationsjahr Wiedemanns 1851 fällt seine Verhältnung mit einer Tochter seines Lehrers Eilhard Mitscherlich.

Wiedemanns Berliner Zeit währt bis 1854. Dann folgte er einem Ruf als ordentlicher Professor an die Universität Basel. Hier wirkte er gemeinsam mit dem Chemiker Schönbein, dem Entdecker des Ozons. Von Basel kam Wiedemann 1863 an das Kollegium Carolinum, die jetzige technische Hochschule in Braunschweig. 1866 trat er an das Polytechnikum zu Karlsruhe über. In Karlsruhe wurde er mit der Einrichtung eines Weiterbildungsfestes für Boden betraut. In Leipzig hat Wiedemann seit 1871 gewirkt. Zuerst hatte er die Professur der physikalischen Chemie inne. Nach dem Rücktritt Hankels übernahm er dessen Lehrstuhl für Experimentalphysik. Ein namhaftes Verdienst erwarb er sich dadurch, daß er nach Poggendorffs Tode die Leitung der Annalen der Physik und Chemie übernahm. Jetzt willt sich mit ihm in die Führung der Redaktionsgeschäfte sein älterer Sohn Eilhard.

Der Privadozent Dr. Wilhelm Streitberg geht als Professor für indogermanische Sprachwissenschaft an die Akademie zu Münster. Er hat in Leipzig promoviert und sich 1880 hier als Privadozent niedergelassen. Noch bevor er seine Vorlesungen begann, erhielt er aber einen Ruf als Professor für indogermanische Sprachwissenschaft an die katholische Universität zu Freiburg in der Schweiz und leistete ihm Folge. Er hat dann bekanntlich aus Anlaß der merkwürdigen Verhältnisse an der genannten Universität seine Lehrtäfelchen ausgegeben und in diesem Jahre seine Lehrhälfte in Leipzig als Privadozent wieder aufgenommen. Streitberg gibt in Gemeinschaft mit Prof. Bergmann in Leipzig die Zeitschrift Indogermanische Forschungen heraus und ist eifrig literarisch thätig gewesen.

Vom Eisenbahngut gestötet. Auf dem Personenhaltepunkt Machern wurde gestern früh der Hilsbahnhofschafter Herrmann von dem Früh-Personenzug aus Leipzig, als er die Gleise überschreiten wollte, erschlagen und sofort getötet.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens mit Kindern wurde ein 28 Jahre alter Marktstifter von hier verhaftet.

Ein dauerhafter Rausch. In einem Personenzug der Magdeburger Bahn, der in der Richtung nach Leipzig fuhr, wurde am Mittwoch früh bei Wolmirstedt ein Klosett zweier Männer verschlossen vorgefunden. Man legte diesen Umstande keine Wichtigkeit bei. Als am Nachmittage desselben Tages der Wagen in Leipzig wieder zur Abfahrt fertig gemacht wurde, nachdem man es gewaltsam geöffnet, ein anscheinend völlig betrunkenen Menschen aufgefunden. Mittels Transpor-wagen erfolgte seine Überführung nach dem Polizeiamt. Dort entpuppte der Mann sich als ein 24 Jahre alter Schlosser aus Nordhausen. Er erklärte, er habe das Coups am Dienstag abend in Salzwedel aufgesucht, weil er kein Unterkommen gehabt. Die Eisenbahnhälfte nach Leipzig habe er ohne sein Wissen und Willen mitgemacht.

Aus der Partei.

Zum Fall Bürgenau. Im Vorwärts wird die Notiz über die Dortmundener Parteikonferenz, wonach beschlossen worden ist, den Parteivorstand zu ersuchen, die Redakteure Lehmann und Block zu versetzen, dahin richtig gestellt, daß Lehmann die Expedition der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung leitet. Ferner wird dargelegt, daß

weber unsere Partei-Organisation noch die Verhältnisse, wie sich tatsächlich bei unserer Parteipresse herausgebildet haben, dem Parteivorstand ein Recht oder die Möglichkeit einräumen, Redakteure oder andere bei der Parteipresse beschäftigte Genossen von einem Blatte an ein anderes zu versetzen.

Die Hoffnung, unter den Genossen in der Stadt Dortmund Friede und gemeinsame Zusammenarbeiten herzustellen, hat sich leider nicht erfüllt. Wenn jetzt auf der Parteikonferenz mit zwei Stimmen Mehrheit beschlossen würde, daß Blatt und die Druckerei wieder in den Besitz der dortigen Genossen überzuführen, so steht dem seitens des Vorstandes nicht das geringste Hindernis entgegen. Was der Vorstand aber nicht kann, das ist die Erfüllung des Beschlusses betreffend die Versetzung der Genossen Lehmann und Block. Sind die Dortmundener jetzt im Stande, ihr Blatt und die Druckerei wieder selbst zu übernehmen, dann mögen die neuen Unternehmer die genannten Genossen selber kündigen und sich nach Erfolg umsetzen.

In einigen Parteblättern wird im Anschluß an die letzten Vorgänge in Dortmund die Meinung ausgesprochen, ob der Vorstand nicht gut tuen, das Material betreffend Bürgenau zu veröffentlichen, um damit eine rücksichtlose Ausprache zu ermöglichen. Wir können dem gegenüber, bei aller Anerkennung für die Bereitschaft des Wunsches, nur auf die bezügliche Erklärung verzichten, die Genoss

Dr. Lützenau ist, und der Parteivorstand hat sicherlich Beweise genug in den Händen, um dem Herrn Doktor zu dienen. Man braucht nicht in die sozialdemokratische Partei zurückzugehen; die letzten Jahre haben neues Material geliefert und namenslich die sächsischen Genossen blühten ein erbauliches Leben vom Referenten Lützenau zu singen wissen. Daß der Parteivorstand noch Rücksicht auf Herrn Lützenau nehmen müßten glaubt, halten wir für verkehrt; einem solchen "Charakter" gegenüber ist Rücksicht wirklich nicht angebracht. Und die Rücksichtnahme ist in diesem Falle geradezu gefährlich, indem sie dem Herrn Doktor die Möglichkeit gibt, sich als versorgte Unschuld aufzupolen und aus anfänglich gutgläubigen Leuten sich allmählich eine fanatische Elique heranzubreiten, die das Vorwärtsbürgertum der sozialistischen Ideen unter der immer noch sehr aufklärungsbedürftigen Arbeitervölkerung jenes Gebietes jahrelang hemmen kann. Wir wollen kein zweites Solingen. Der unverständliche und unverständige Beschluß der Wahlkreisversammlung muß durch baldigste Klärung der Verhältnisse unter vollster Offenheit ausgehoben werden. Wenn die Genossen davon unterrichtet werden, für wen sie sich ins Zeug legen, wird Ruhe und Besonnenheit wiederherstellt und damit die Einigkeit.

Leipzig, 24. November. Redakteur August Müller von der Magdeburger Volksstimme ist am 14. September wegen Bekleidung des Reichsanzuges fürchten Höhle zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht verwirkt heute die vom Angeklagten eingelegte Revision.

Berlin, 25. Nov. In einer Versammlung des Wahlvereins für den sechsten Berliner Wahlkreis referierte Liebknecht über die Landtagswahlen. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Ge-losen Liebknecht in Bezug auf den Ausfall der Landtagswahlen voll und ganz einverstanden, und erklärt, trotz verschiedener Angriffe auf die Berliner Parteigenossen, zu denen auch die des sechsten Reichstagwahlkreises gehören, nach wie vor an dem im Februar festgestellten Beschluß festzuhalten.

Für den scheidenden Genossen Adolf Braun wurde eine Abschiedsfeier veranstaltet, die einen glänzenden Verlauf nahm. Gestern vormittag ist Genosse Braun aus dem ungastlichen Preußen abgereist, wo in den letzten Tagen seines Aufenthalts jeder seiner Schritte von Geheimpolizisten bewacht wurde. Er bleibt natürlich auch weiterhin Mitarbeiter des Vorwärts.

Im Vorwärts veröffentlicht Braun einen Abschiedsgruß an die Berliner Genossen, in dem er verspricht, daß, was er in Berlin gelernt habe, überall im Befreiungskampfe der Arbeiter zu verwerten.

Er wird auch außerhalb der schwarz-weißen Grenzenfahne dem preußischen Polizeigehste "läufig" genug bleiben.

Bei den Stadtverordnetewahlen in Magdeburg wurden im Wahlbezirk Sudenburg unser Kandidat Otto Böck, im Wahlbezirk Neustadt Redakteur und Reichstagsabgeordneter Albert Schmidt gewählt. Bravo!

Soziale Rundschau.

In der Stuhlfabrik von Ernst Wolf in Kleinölsa bei Nordenau haben die Stuhlbauer, Drechsler und Maschinenarbeiter die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt.

In der Maschinenfabrik von Schubert u. Co. in Chemnitz haben am Freitag 10 Arbeiter ihre Entlassung eingereicht, weil es zu Differenzen zwischen einem Schlosser und einem erst wenige Tage dort beschäftigten Meister gekommen war.

Krefeld, 23. November. Der Streik bei Königsberger u. Co. und Eugen Vogelsang ist durch die Annahme der von den Arbeitern gestellten Forderungen beendet worden.

Scharley (Oberschlesien), 25. November. Auf der Blech-Scharley-Grube explodierten gestern 10 Bd. Dynamit vor einer Dynamitsammler, die etwa 8 Centner Sprengstoffe birgt. Der Bergarbeiter, der das Dynamit zu verarbeiten hatte, wurde getötet. Nähere Nachrichten fehlen.

Vereine und Versammlungen.

Eine Parteiversammlung des 12. und 13. Reichstagwahlkreises fand gestern abend im Pantheon statt. Gen. Hell berichtete über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten. Er führt aus: Vier Jahre sind vergangen, seit Sozialdemokraten ins Stadtverordnetenkollegium einzogen. Seit dieser Zeit haben sich die Verhältnisse im Stadtverordnetenkollegium bedeutend geändert, so daß bürgerliche Vertreter die frühere gemütliche Zeit zurückdrücken, wo sie hübsch unter sich waren. Die bürgerliche Opposition sei vollständig verschwunden, die jeweiligen Mehrheiten der Ratsparteier gegen die Hausbesitzer und umgekehrt sind gebrochen, die Sozialdemokratie gibt in solchen Fragen den Ausschlag. Wenn es sich aber darum handelt, sozialdemokratische Anträge niederzustimmen, so sind beide gegnerische Gruppen einsig. In der Bürgerlichkeit und auch unter den Genossen sei infolge des Dreiklassenwahlrechts das Interesse für die Wahlen zum Stadtverordnetenkollegium im Schwanken. Das sei falsch, denn wie im Landtag und Reichstag bedeutende Fragen für das Volk behandelt werden, so werden auch im Stadtverordnetenkollegium eine große Zahl der wichtigsten in unser Leben schaft eingreifenden Fragen behandelt. Während die Gegner Sonderinteressen verfolgen, haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten das Allgemeininteresse zu vertreten und das Interesse des werktätigen Volkes zu wahren. Den Parteistandpunkt bei jeder kleinen Frage durch lange Debatten zu dokumentieren, habe man für überflüssig gehalten. Kirchliche, militärische Interessenfragen, Forderungen städtischer Bevölkerung für patriotische Feste gab genugend Gelegenheit, den Parteistandpunkt zu wahren. Gegen alle Forderungen, die mit militärischen Dingen zusammenhängen, haben sie gestimmt, und Forderungen für patriotische Feste, für Sportzwecke und Beihilfen an viele private Vereine abgelehnt. Eine große Zahl von Vereinen habe gerade im letzten Jahre Bindungen erhalten, so die Journalisten 6000 M., der Hausbesitzerverband eine Theatervorstellung für 1000 M. u. s. w. Das Gesuch des Potenzialverbandes, um Beihilfe zu seinem 25-jährigen Jubiläum, haben sie gleichfalls abgelehnt.

Andererseits seien sie für Volksinteressen eingetreten. So seien sie für die Herausbegung des Schulgeldes für die Volkschulen von 4.80 auf 1 Mark pro Jahr und Verhinderung der Bürgerschulen mit den Volkschulen eingetreten. Eine völlige Aushebung des Schulgeldes lasse das Gesetz nicht zu. Ebenso haben sie beantragt, die Lehrmittel unentgeltlich aus städtischen Mitteln zu gewähren.

Beide Anträge seien von der Mehrheit abgelehnt worden. Für die Erhöhung des Lehrgehalters haben sie gestimmt, und sie sind für eine bessere Lohnzulage an die unteren Beamten eingetreten. Auch die in Aussicht gesetzte Lohnerhöhung von 10 Proz. für städtische Arbeiter sei auf Kontrolle der sozialdemokratischen Vertreter zu sehen. So ebenso die jährliche Beihilfe von 5000 M. für die Ferienkolonien. Beihilfen haben sie dem Verein für Erbauung und Unterhaltung eines Kinderkrankenhauses, den Polikliniken, dem Verein für Knaben- und Handarbeiten, zum Freibaden für Schulkinder gewährt. Auch wurde ihrerseits die Errichtung einer Hellsaline für Lungentranke, den Vermittlungen zur Hebung der Verkehrsverhältnisse, dem weiteren Ausbau der Straßenbahnenlinien, dem Verkauf von Areal an den preußischen Kästus für die Vorarbeiten eines Centralbahnhofes, den Kosten für

Hebung der Messen, der Verbreiterung und Erweiterung von Straßen zugestimmt. Sie seien eingetreten für den weiteren Aufschluß der Vororte. Daraus sei ihnen von den Gegnern ein Vorwurf gemacht, aber auch sie mühten zugeben, daß der bisherige Aufschluß der Vororte zu spät erfolgt sei; die Stadt sei dadurch viel höher belastet worden, als es früher notwendig gewesen wäre. Für die nächsten Jahre seien wichtige Fragen zu verhandeln. So sei der Neubau des Rathauses noch nicht erledigt. Für das Verlangen eines großen Festsaales im Rathaus seien sie nicht zu haben, wohl aber können die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes nicht in Frage gestellt werden. Interessant sei es auch, daß bei dem Verlauf des Pleichenburgareals der Ring der Abbruchunternehmer durch das Eintreten der Sozialdemokratie gesprengt und das Angebot von 16400 M. auf 43000 M. erhöht worden ist. Weitere unerledigte Fragen seien die Erbauung einer Ausstellungshalle, die Übernahme des Ausstellungsbefehls auf die Stadtkasse, Verlängerung des Thomasgäßchens, Befreiung der Schäden der Abfallwälzer. Gut wäre es, wenn ihre Proteststellung zum Ausstellungsbefehl durch eine große sozialdemokratische Stimmenzahl gestützt würde. Sie haben sich weiter mit einer Reihe von Eingaben beschäftigt, und gegen die Abförderung des Augustusplatzes durch das Militär, die Lohnverhältnisse der Steinbrucharbeiter in Grasdorf und die mangelhafte Ausstellung der Reichstagswahlkarten protestiert und die Befreiung des Bürgergeldes gefordert. Die bürgerlichen Wahlschlüsse kritisierend, führt Redner weiter aus: Es sei notwendig, daß der bürgerliche Einfluß in der dritten Klasse vollständig gebrochen werde, denn nur sozialdemokratische Stadtverordnete vertreten die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung. (Lebhafte Beifall.)

In der Debatte nahm nur Genosse Lange das Wort. Die Versammlung, die von ca. 500 Personen besucht war, war einstimmig mit der Thätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten einverstanden. Als Kandidaten wurden aufgestellt: als Unanständige die Genossen Dietrich, Schauweber, Kohlisch, Schönberg und Böck; als Unanständige die Genossen Bosse, Gerner, Jacob und Hell. Als auswärtiger Erstmann Genosse Doege und als unanständiger Erstmann Genosse Gottschalg.

Der Verein des Krankenpflegepersonals und verwandter Vereinssogenossen zu Leipzig hielt am Donnerstag den 17. d. M. seine erste Generalversammlung im Vereinslokal: Restaurant Johannishaus, ab. Der Vorsitzende, Herr Gallus Hofmann vom städt. Krankenhaus, eröffnete dieselbe gegen 9 Uhr, nachdem einige interne Angelegenheiten vorher erledigt waren. In seinem Vereinsbericht betont Herr Hofmann, wieviel Mühe und Widerwärtigkeiten schon allein die von ihm angeregte Begründung eines Vergnügungsvereins im Gefolge gehabt, obwohl der Zweck lediglich Hebung der Kollegialität, des Standesbewußtseins, Förderung beruflicher Ausbildung, Bekämpfung der Kurzjußerei und Quacksalberei gewesen sei. Nachdem aber die maßgebenden Kreise von dem eigentlichen Wesen und Wollen der Vereinsbestrebungen Kenntnis genommen haben, dieselben vielseitige Anerkennung gefunden, die sich auch durch Darbietung nicht unbeträchtlicher Geld- und anderer Geschenke dokumentiert habe. Infolgedessen verfügte der Verein trotz seines ersten dreimonatlichen Bestehens bereits über ein Inventar von nicht unbedeutendem Wert. Das Bedürfnis für einen solchen Verein sei auch daran zu erkennen, daß viele, die Krankenpflege, Massage, Badbedienung u. c. in Praxispraxis (auf Gewerbeschreiben) ausüben und sich ihrer Sache gewiß sind, ihre Aufnahme in den Verein nachgesucht haben. Beachtenswert hierzu ist folgender Ausspruch des Vorsitzenden: Allerdings werden wir Augen und Ohren offen halten müssen, um an den Reihen unserer privatpraktizierenden Mitglieder alle unlauderen Elemente fernzuhalten — andererseits aber werden wir auch zu prüfen haben, ob eine exalt nach ärztlicher Vorschrift durchgeführte Behandlung eines unzurechnungsfähigen Kranken zu Schäden führt, die bei den lieben Verwandten des Kranken vollen Glauben finden, so daß oft in 14 Tagen 6 bis 8 Pfleger zu denselben Kranken gerufen werden. — Die Mitgliederliste weist 27 männliche und 40 weibliche Angehörige auf. Herr Hofmann schließt seinen Bericht mit dem Wunsche, daß der von ihm begründete Verein auch jerner wachsen, blühen und gedeihen möge. Der geprüfte Kassenbericht ergiebt, daß trotz der erheblichen Ausgaben für Vereinskram, die beständige Kassette, Bureau-Utensilien u. c. noch ein Kassenbestand von 17.67 M. verbleibt, ohne die ausstehenden Beiträge. — Hier nicht näher zu erörternde maßgebende Bedingungen geben der Versammlung Veranlassung, sich als Verband des deutschen Krankenpflegepersonals und verwandter Berufsgenossen, Sitz Leipzig, zu konstituieren. Die Statutenberatung gebieb bis zu § 9 und erfolgt Vertragung der Vertragung um 1/2 Uhr bis auf Mittwoch den 28. d. M. abends 9 Uhr im Johannishaus. Aus der sich anschließenden Diskussion ist hervorzuheben, daß für die am 3. Weihnachtsfeiertag angezeigte Weihnachtsfeier schon jetzt ein gewähltes Programm von Freunden des Vereins zugelegt ist.

In der Mitgliederversammlung der Vereinigung der Schmiede Deutschlands (Bahlstraße Leipzig), die am 17. Novbr. im Restaurant Spieß, Seubergstr., stattfand, wurde nur über den dritten Punkt der Tagesordnung, Bericht vom Arbeitsnachweis und Neuwahl der Kontrolloren verhandelt. Nach dem Bericht über die Tätigkeit des Arbeitsnachweises vom letzten Halbjahr, den Koll. A. kurz vortrug, waren arbeitslos angemeldet 239, davon sind eingestellt 178; hieron für dauernd 140, für Auskunft 33. Der Rest (126) ist abgereist. Es erfolgte nun die Neuwahl der Arbeitsnachweiskontrolloren und wurden acht Kollegen aktiv und zwei Kollegen als Erzählmänner gewählt. Nach einem Schluswort des Vorsitzenden an die neu gewählten Kollegen, ihr Amt gewissenhaft zu verwalten, erreichte die Versammlung frühzeitig ihr Ende.

Pausendorf. Mitgliederversammlung des Arbeitervereins vom 19. Novbr. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vorlesung. 3. Stellungnahme zur Gemeinderatswahl. 4. Vereinsangelegenheiten, Fragefragen und Beschiedenes. Der zweite Punkt wurde von der Tagesordnung abgelebt und auf nächste Mitgliederversammlung verschoben. Der dritte Punkt rief eine längere und lebhafte Diskussion hervor und wurde von den Mitgliedern beschlossen, in der am Sonnabend den 26. November stattfindenden öffentlichen Einwohnerversammlung den Gen. Gent als Ausschussvorsitzender vorzuschlagen. Unter Vereinsangelegenheiten wird beschlossen, daß dem Arbeiterverein gehörende Gefangsenträger dem Gemütschor Chor schenfungswelle zu überlassen. Weiter wurde mitgeteilt, daß Gen. Dr. Frische für eine Reihe von Vorträgen gewonnen sei. Des weiteren wird beschlossen, diese Weihnachten von einem größeren Vergnügen abzuheben, dafür aber am 1. Weihnachtsfeiertag im Michgarten-Restaurant einen Familienabend stattfinden zu lassen. Nach einer Aufforderung, für den Besuch der Einwohnerversammlung im Alten Gasthof zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Von Nah und Fern.

Ende der Panik.

Der Narr Gustafsson aus Gunnarsmo in Schweden, der zwei Arbeiter, Vater und Sohn, niederschoss und unter wilden Drohungen in die Wälder floh, ist nach langem Suchen gefangen worden. Er leistete nur geringen Widerstand. Damit hat nun die Panik ein Ende, die das Landvolk aus Angst des Entweichens des Narren erschot hatte.

Eisenbahnunfall in Afrika. — Schiffsunfall.

London, 25. November. Nach einer Drahtmeldung aus dem Maschona-Lande entgleiste ein Eisenbahnzug 30 Meilen von Umtali. Der Maschinenführer, der Heizer, der Zugführer und vier Einwohner wurden getötet. Der Kommissar für den

Maloni-Distrikt, Ross, dessen Gattin und eine andere Dame wurden schwer verletzt. 19 Personen wurden leicht verwundet.

Der in Barth beheimatete deutsche Dreimastsschoner Ernst ist auf der Fahrt von Liverpool nach Danzig ungefähr eine Meile von den Needles gestrandet. Durch ein Rettungsboot wurden der Kapitän und zwei Mann gerettet. Man vermutet, daß die übrigen sechs von der Mannschaft ertrunken sind.

Telegraphische Depeschen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Darmstadt, 25. November. Der Großherzog hat den Präsidenten des Finanzministeriums, Rücker, zum Finanzminister ernannt.

Wien, 25. November. Das Fremdenblatt meldet aus Innsbruck: Der Gemeinderat beschloß unter lebhaftem Beifall, sich an der Bismarck-Gedenkfeier durch die Entsendung einer Abordnung zu beteiligen.

Paris, 25. November. Der Matin sieht die Möglichkeit eines Konflikts zwischen dem Kassationshof und der Militärjustiz voraus. Der Kassationshof habe die Akten über das Petit bleu (Mehrpostbrief) verlangt; die Militärbehörde habe erklärt, die Akten erst nach der Verurteilung Picquarts herausgeben zu können. Aurora, Petits République, Siecle und andere Blätter greifen Freyinet, das "weiße Männer", einen hinterlistigen Streber, auf das schärfste an, weil er die verbrecherische Verfolgung Picquarts zugegeben habe. Dieselben Blätter veröffentlichten einen von Senatoren, Gelehrten und Schriftstellern unterzeichneten Einspruch gegen die Verfolgung Picquarts.

Briefkasten der Redaktion.

G. J. F. L. L. Göhls. Wie können doch nicht an eine kleine Notiz aus Nah und Fern auch noch eine lange geschichtliche Abhandlung anfügen und noch dazu über so bekannte Dinge.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Freitag den 25. Novbr.: 319. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, wdh.).

Gaude Bellina.

Romanische Oper in 3 Akten und einem Vorspiel von Eduard Devrient. Musik von Heinrich Marschner.

Regie: Oberregisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Pöhl. Personen des Vorspiels:

Die Königin der Edelgäste Erl. Ebenshüll

Die Sohne Dr. Schüll

Guonen, Erdwelschen, Zweige.

Hieraus folgt:

Ouverture.

Personen der Oper:

Die Königin der Edelgäste Erl. Ebenshüll

Hans Heiling Dr. Schüll

Anna, seine Braut Erl. Utten

Gertud, ihre Mutter Dr. Beuer

Konrad, burggräflicher Leibschütze Dr. Wessel

Stephan, Schmied des Dorfes Dr. Greder

Nillas, der Schmied Dr. Marion

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 7/4 Uhr. Ansang 7 Uhr. Ende gegen 7/10 Uhr. Opern-Brettle.

Vorlese-Brettl an der Tagessause von 10 (Sonn- u. Feiertag von 10/11, bis 3 Uhr). Vorverkauf für den nächsten Tag (m. Ausgeld v. 30 Ps.) von 1-3 Uhr.

Spieldaten: Sonnabend: Hamlet. Ansang 7 Uhr.

Altes Theater.

Freitag den 25. November:

Großmama.

Ein Junggesellenabschaff in 4 Akten von Max Dreher.

Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 7/4 Uhr. Ansang 7/8 Uhr. Ende gegen 7/10 Uhr. Gew. Brettle.

Vorlese-Brettl a. d. Tagessause v. 7/10 (Sonn- u. Feiertag 7/11) bis 3 Uhr.

Vorverkauf für den nächsten Tag (m. Ausgeld v. 30 Ps.) von

670 841 (800) 37 680 725 906 862 673 564 23096 908 751 258	226 93 986 670 897 (500) 258 417 412 (1000) 600	648 85 858	525 906 77474 748 408 726 889 710 276 286 18 528 988 228
845 185 468 (1000) 879 746 484 680 (3000) 774 151 433 (800)	247 51566 881 988 532 708 692 632 759 (300) 87	84 400 63	196 (1000) 3 (300) 82 232 461 701 883 111 891 579 798 28888
33 (500) 549 865 (500) 24436 711 590 624 (300) 552 550 (500)	424 811 643 826 829 800 450 181 (500)	52546 114 981 319	660 951 (300) 737 249 470 847 852 888 158 803 655 (1000) 177
379 4 841 980 845 267 848 (1000) 670 911 863 400 897 884	278 173 810 165 455 (1000) 702 749 290 924 143 575	846 209	381 358 712 365 807 948 79181 450 620 92 848 677 818 748
522 (1000) 811 219 560 258 955 492	253 (500) 702 778 278 53277 468 454 375 568 (800)	20 322 9	151 961 588 (1000) 149 805 596 244 80 51 481 (1000) 89
25278 507 772 678 815 843 180 318 (300) 458 857 190 225	107 472 80 885 200 (800) 812 (500) 678 968 751 (500)	867 912	278 826
163 (800) 595 844 444 513 568 526 521 373 (3000) 335 26506	549 54385 (1000) 418 (3000) 339 184 974 429 910 557 508	80255 1 (300) 178 116 324 755 807 216 441 215 686 784	
371 215 (8000) 847 657 551 241 (3000) 189 354 (3000) 181 598	548 967 300 892 74 417 222 221 78 573 878 224 (3000) 560 879	7 555 950 707 89 788 357	81000 206 72 406 489 96 294 390
343 697 590 789 477 922 303 481 27556 701 957 899 475 421	55094 117 818 240 397 754 349 390 873 692 592 883 (300)	82520 020 544 132 88 3 (800) 247 242	
880 (1000) 839 558 549 449 502 28358 66 581 179 954 718	552 870 601 (1000) 471 (300) 56601 570 358 515 806 238 142	245 442 (3000) 417 445 (800) 745 392 882 815 950 (800) 400	
236 520 677 526 553 527 953 (300) 205 29856 26 814 304 388	814 883 658 911 922 64 (500) 19 795 954 203 531 900 668 848	849 78 (800) 83370 668 556 847 84 183 477 499 192 147 264	
967 671 88 184 (300) 282 400 191 258 851 497 122 102 (500)	426 (300) 875 (300) 487 (300) 655 57883 660 (300) 688 865	628 312 114 549 709 519 600 454 (1000) 968 828 558 470 (800)	
30780 423 (300) 26 443 73 74 768 (300) 722 241 799 715	908 819 4 714 768 698 425 (300) 423 (1000) 448 (5000) 241 78	84522 (300) 664 280 492 251 386 687 647 343 767 847 109 856	
853 53 63 501 31507 123 74 328 195 464 387 43 845 525 899	975 221 235 897 634 600 388 (3000) 387 511 608 476 880 388	167 504 838 108 85000	
865 (300) 16 630 (300) 492 939 787 87 250 856 488 (1000) 905	502 168 27 58867 (300) 936 10 39 702 734 (800) 444 540 (1000)	85878 340 884 857 200 750 882 585 361 277 250 569 686	
886 (500) 180 767 32758 898 (300) 915 445 545 539 826 603	861 461 90 (300) 35 527 990 515 589 920 860 (1000) 471 158	359 118 (300) 86638 (800) 568 616 814 987 749 (3000) 488	
279 23 189 751 181 735 (500) 930 426 812 160 (300) 797 377	769 718 197 852 (300) 700 48 881 59588 550 42 279 921 549	221 90 817 985 910 (300) 622 784 984 270 988 87747 (500)	
861 519 (300) 554 (300) 614 202 33527 90 559 128 722 78	286 467 538 188 (500) 841 578 3 776 515 417 383 477 805 816	95 (300) 524 877 210 322 914 265 (1000) 408 (500) 182 503 62	
883 501 518 195 64 916 585 155 (300) 987 1 18 11 303 387	60 270	194 200 549 652 846 741 571 16 8875 958 741 854 884 855	
855 708 449 563 34895 611 906 (500) 148 586 658 467 (1000)	605077 851 806 771 80 911 120 301 (3000) 181 756 605 76	842 480 60 984 866 27 841 871 060 (3000) 89068 718 129	
515 260 (1000) 930 76 864 564 (300) 582 749 519 520 809 808	161 390 606 717 849 (1000) 3 417 768 123 66144 538 753 168	944 445 474 888 608 296 (3000) 507 444 186 (3000) 447 979	
258 900 (900)	534 990 949 284 28 617 873 (500) 553 730 310 82 640 882 (500)	218 355 278 765 (500) 902 607 571 779 827 841 510	
35717 941 449 13 754 469 888 673 548 508 (500) 549 343	210 710 681 012 (1000) 10 155 206 804 (500) 220 67101 111	80818 (1000) 759 876 142 655 688 596 885 306 889 745 767	
134 169 976 897 30781 590 141 487 (300) 92 471 235 (3000)	662400 875 (1000) 450 467 9 (500) 616 748 688 780 478 358	257 205 420 575 758 685 429 91118 40 (300) 401 708 618 777	
273 979 (300) 145 245 895 269 (1000) 182 (1000) 207 637 (300)	787 (500) 12 851 205 687 20 206 259 6382 468 321 577 286	294 632 210 302 463 (300) 641 813 191 407 8 658 94 858 (500)	
176 800 714 210 286 851 (500) 37818 336 696 49 (500) 243 614	406 (3000) 168 787 975 980 (500) 982 244 988 76 19 654 560	1 484 581 676 706 883 872 92281 204 828 885 828 4 472	
170 678 (500) 884 702 200 822 38542 238 (300) 970 867 (1000)	465 945 (8000) 821 578 (300) 276 (1000) 980 954 64484 60	587 474 628 853 151 304 228 647 806 329 705 304 765 270 908 676	
889 491 515 434 39333 622 106 822 508 104 283 (500) 045 50	782 512 605 577 907 621	90403 944 950 390 819 (300) 403 347 862 386 502 449 661 964	
188 484 708 118 232 751 801 864 185 211 827 88	40577 851 806 771 80 911 120 301 (3000) 181 756 605 76	141 833 912 890 744 647 975 806 94264 (8000) 802 (3000) 577	
40227 380 878 846 174 670 408 45 564 878 810 918 224	203 188 287 988 100 884 905 882 101 688 574 328 821 588	912 (40000) 574 480 54 209 506 820 (500) 507 257 120 (3000)	
754 222 220 (300) 295 (300) 95 16 69 882 35 276 604 157 778	415 43 584 602 421 708	916 800 512 80 9 720 572	
41747 586 568 (500) 571 954 387 900 291 902 (300) 451 329	70484 188 947 898 864 580 707 20 520 971 972 95 708 912	95620 882 411 072 710 818 928 955 789 940 869 228 400	
930 212 578 185 958 386 252 426 42642 917 152 48 420 (3000)	100 394 223 68 12 617 179 (3000) 71710 359 484 786 880 900	883 900 504 618 923 280 811 48 255 96081 (3000) 144 609	
970 520 248 435 (300) 149 546 266 737 788 710 593 850 (1000)	893 440 534 (300) 723 381 982 931 106 184 945 568 155 974	306 (1000) 124 159 176 200 55 (500) 727 299 908 686 (800)	
817 43435 585 815 568 947 380 500 (300) 060 156 331 438 36	950 (1000) 287 988 100 884 905 882 101 688 574 328 821 588	13 (500) 584 404 369 369 97216 (500) 370 (300) 50 515 (800) 218	
775 318 948 346 (3000) 265 (300) 575 906 949 282 842 44808	415 43 584 602 421 708	521 397 158 98 90 (15 000) 388 799 56 908 672 675 475 65 23	
500 162 81 559 227 920 344 185 821 36 483 (300) 427 234 379	70484 188 947 898 864 580 707 20 520 971 972 95 708 912	520 190 (1000) 486 323 661 89 899 98070 742 194 124 418	
589 85 521 940 509 324 725 202 738 538 (300) 723 386 115 618	893 440 534 (300) 723 381 982 931 106 184 945 568 155 974	564 (300) 396 909 794 86 312 630 880 430 146 5 414 99227	
45510 606 621 6 476 842 455 214 (500) 423 53 740 680	950 (1000) 646 505 952 254 72854 736 547 13 530 (300) 178	405 927 208 867 100 32 89 588 680 506 (300) 406 (500) 476	
70 (800) 487 540 46327 904 (1000) 203 404 (300) 482 912 758	436 505 (1000) 393 5 438 563 897 501 885 701 322 286 261	387 681 (300) 253 (300) 900 128 951 763 185 932 661	
630 26 305 38 361 302 105 (500) 661 (300) 244 888 945 822			

2. Beilage zu Nr. 273 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, den 25. November 1898.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

In frischer Vereinigung wenden sich die beiden bürgerlichen Wahlkomitees mit einem gemeinsamen Aufruf an die Wähler der dritten Klasse. Als Vorzuhender zeichnet für das Vereinigte Bürgerwahlkomitee Herr Karl Scheller, der einstmal der Sozialdemokratie recht nahe stand, sich aber im Laufe der Jahre zum Großkaufmann und Konsumvereinslöter entwickelt hat. Für das "Unabhängige" Komitee zeichnet Herr Dr. Ferdinand Goebel, der aus einem blutrührigen Demokraten sich bis zum wachsenden Nationalliberalen durchmäste. Diese beiden sind von den reaktionären Interessengruppen aller Schichtungen an die Spitze der feindlichen Komitees gestellt worden, um Aum in Aum die Sozialdemokratie zu vernichten.

Nun es ist auch danach, was sie gegen die Sozialdemokratie vorbringen. So komisch wie die beiden Figuren als Sozialisten verneinten zu sich sind, so komisch sind ihre Angriffe gegen die Sozialdemokratie. Hoffentlich verlangen die Herren selbst nicht, daß sie von vielen Wählern ernst genommen werden. Trotzdem wollen wir uns etwas mit dem Aufruf beschäftigen.

Plan höre:

Diese Partei (die Sozialdemokratie) kennt nur ein einseitiges Klasseninteresse und erachtet in ihren Endzielen die Abschaffung des Eigentums. Sie bildet so eine Gefahr nicht nur für die freie Entwicklung des Bürgertums, sondern überhaupt für das Bestehen unserer lebigen gesellschaftlichen Ordnung.

Die Eintrübe des "Ordnungs" breitete zwischen Wahres und Falsches durcheinander. Daß die Sozialdemokratie die jetzige Eigentumsordnung, unter der ein kleiner Teil der Bürger im Reichtum schwelt, während die große Masse nichts oder nicht genug zu beißen hat, beseitigen will, ist eine alte Wahrheit. Falsch ist, daß die Sozialdemokratie nur ein einseitiges Klasseninteresse kennt. Ihr Ziel ist vielmehr die Beseitigung der Klassenunterschiede, sie will, daß jeder Mensch in die Lage versetzt wird, seine vernunftgemäßen Bedürfnisse zu befriedigen. Einseitiges Klasseninteresse kennen nur die bürgerlichen Parteien, die die Klassenunterschiede, die Privilegien und Vergünstigungen der Besitzenden verewigt wissen wollen. Wahr ist auch, daß die Sozialdemokratie, wo sie praktisch mitarbeitet im öffentlichen Leben, wie beispielsweise im Leipziger Stadtverordnetenkollegium, genötigt ist, die Interessen der breiten Masse des Volkes gegen die Habgier und Unterdrückungsfucht der herrschenden Gesellschaftsschichten wie gegen den Krämergeist der vom Schlag des Herrn Scheller in erster Linie zu vertreten, weil dies die bürgerlichen Stadtverordneten eben unterlassen. Daß die Sozialdemokratien dabei die notwendige Weiterentwicklung des gesamten Gemeinwesens, insbesondere die Förderung von Handel und Verkehr nicht aus dem Auge lassen, das beweisen ihre Abstimmungen im Stadtverordnetesaal. Herr Scheller freilich, der auch Stadtverordneter ist, befand sich bei der Lösung solcher Aufgaben im Lager der nörgelnden und ablehnenden Opposition. Verlangt Herr Scheller die Auszählung konkreter Beispiele?

Die beiden bürgerlichen Wahlkomitees, die der Sozialdemokratie einseitige Interessenvertretung vorwerfen, untersetzen der Wählerschaft absolute Gedächtnisschwäche und Gedankenlosigkeit. Unter den Kandidaten, die sie für den zweiten Wahlkreis in Vorschlag zu bringen haben, befindet sich auch wieder der städtische Oberlehrer Herr Prof. Löwe, der allerdings über Interessen, und zwar persönlichen Interessen ebenfalls seine eigene Meinung hat. Als vor wenigen Tagen im Leipziger Stadtverordnetenkollegium die Vorlage über die Erhöhung der Gehälter für die Lehrer der höheren Schulen zur Beratung stand, ließ sich Herr Prof. Löwe unter der Motivierung, daß er bei der Sache nicht interessiert sei, zur Teilnahme an der Beratung ernähren und hinterher stellte sich heraus, daß Herr Prof. Löwe persönlich durch die neue Gehaltserregulierung eine Aufbesserung von netto 1200 M. (von 4800 M. auf 6000 M.) erfahren hatte. Wenn im Lager der bürgerlichen Parteien so die Begriffe verwechselt werden, dann darf man es den Wahlkomitees dieser Parteien auch nicht weiter übel nehmen, wenn sie der Sozialdemokratie den Vorwurf machen, nur ein einseitiges Klasseninteresse zu vertreten. Herr Scheller, der Konsumvereinslöter, hat freilich seine Freude an Herrn Prof. Löwe, der in derselben Sitzung erklärte, daß ein Teil der Lehrer der höheren Schulen das Versprechen abgegeben habe, aus der Wirtschaftsvereinigung der Lehrer auszutreten.

Aber es kommt noch besser in den paar Zeilen des bürgerlichen Wahlaufrufs. Es heißt darin weiter:

Unsere Kandidaten werden das Wohl aller Klassen der Bevölkerung, gleichviel ob Arbeiter, Beamter, Handwerker oder Kaufmann, im Auge behalten.

Es ist noch gar nicht lange her, daß infolge ausbrechender Unruhe ein sozialdemokratischer Stadtverordneter feststellen konnte, daß es mit der Ruhe der bürgerlichen Majorität des Kollegiums vorbei sei, sobald das Wort Arbeiter im Stadtverordnetensaale falle. Was haben denn die bürgerlichen Stadtverordneten für die Arbeiter gehabt? Sind sie vielleicht daran schuld, daß in der Entlohnung der städtischen Arbeiter einige Aufbesserungen Platz gegeben und nach dem Haushaltsplan für 1899 noch weitere Aufbesserungen eintreten sollen?

Weiter:

Vor allem werden unsere (bürgerlichen) Kandidaten für Sparsamkeit im städtischen Haushalt sein, damit keine Erhöhung der Steuern eintrete.

Aus Sparsamkeitsrücksichten und damit die Steuern nicht höher werden, bewilligen also die bürgerlichen Stadtverordneten die reichen Subventionen für die Weltkunnen, für den Verein Sportplatz, für die Schützen, für die männlich-sportlichen Festlichkeiten etc. Aus Sparsamkeit im städtischen Haushalt wird wohl auch zu einem erheblichen Teile das Ausstellungssdeficit den an der Ausstellung interessierten Garantiekontrollen abgenommen und den Steuerzahler auferlegt?

Und schließlich:

Von diesem Gesichtspunkt nämlich dem der Sparsamkeit aus — und nicht ins Gelag hinein, wie es die Sozialdemokratie wollen — wird auch die Frage der mit großen Opfern verbundenen Einverleibung weiterer Vororte zu behandeln sein, ferner die so wichtige Schulgeldfrage, bei deren Lösung im sozialdemokratischen Sinne ½ Millionen Mark zum Teil auf die Schultern der ärmeren Bevölkerung genötigt werden mühten.

Mit Verlaub! Die Sozialdemokraten sind allerdings für rechtzeitige Einverleibung weiterer Vororte, zwar nicht "ins Gelag hinein", wohl aber in vernünftiger Wahrung der Interessen unserer Stadt selbst, für die die Einverleibung doch höchstens nur eine Frage der Zeit ist. Die Sozialdemokraten wollen

nicht, daß der richtige Zeitpunkt wie bei den bereits einverleibten Vororten verpaßt wird; sie wollen nicht, daß das Straßen-, Schlesien- und Befreiungswesen in den in Betracht kommenden Gemeinden ebenso oder vielleicht noch gründlicher verschwendet wird wie in den früher selbständigen Vorstadtgemeinden. Sie wollen im Interesse der Stadt rationelle Aufgaben und sie wollen solche doppelte Ausgaben vermeiden, wie sie sich in dem einverleibten Plogwitz, Lindenau, Volkmarshausen etc. notwendig machen.

Und was die so wichtige Schulgeldfrage betrifft, so ständen ihrer "Lösung im sozialdemokratischen Sinne" wohl weniger Schwierigkeiten entgegen, wenn es wahr wäre, daß dadurch ¼ Millionen Mark zu einem erheblichen Teil auf die Schultern der ärmeren Bevölkerung gewälzt werden mühten. Wir müssen staunen, daß ein Stadtverordneter, von dem man doch verlangen kann, daß er von den einschlägigen Verhältnissen wenigstens eine Ahnung hat, solche unsinnige Behauptungen mit seinem Namen deckt.

Durch die von den Sozialdemokraten verlangte Heraussetzung des Schulgeldes für die Volkschulen auf jährlich 1 Mark entsteht der Schulhof ein Auffall von ½ Millionen Mark, sondern nur von höchstens 400 000 Mark. Auf Wunsch des Herrn Scheller sind wir gern bereit, ihm das ziffernmäßig nachzuweisen. Nehmen wir aber der einfacheren Nachprüfung wegen einmal an, der Auffall betrage 600 000 Mark, so würde dieser Auffall einen zehnprozentigen Zuschlag zu dem Normalsteuerjahr bedingen. Dieser Zuschlag würde betragen bei einem Einkommen

bis zu 600 M. jährlich M. — 20
" 700 " " — 30
" 800 " " — 40
" 950 " " — 60
" 1100 " " — 80
" 1250 " " — 1.—
" 1400 " " — 1.30
" 1600 " " — 1.60
" 1900 " " — 1.90

Für diese in den unteren Klassen geringfügige Erhöhung der städtischen Einkommensteuer würde die Schulgeldlast für die Bezirks- und Bürgerhäuser bis auf 1 M. in Wegfall kommen — eine Erleichterung für die ärmeren Volkschichten, wie sie nur gerecht wäre.

Nein, nein, Ihr Herren von den Ordnungsparteien, nicht die Sorge vor einer Belastung der ärmeren Volkschichten hält Euch von der Lösung der Schulgeldfrage im sozialdemokratischen Sinne ab, sondern die Sorge vor einer Belastung der reichen Volkschichten. Der zehnprozentige Zuschlag zu dem Normalsteuerjahr beträgt nämlich in den oberen Steuerklassen bei einem Einkommen

bis zu 10 000 M. jährlich M. 23,60
" 15 000 " " 45,50
" 20 000 " " 62,80

u. s. w. mit der steigenden Progression der städtischen Einkommensteuer.

Die Wahrheit ist: Die bürgerlichen Stadtverordneten, die sich gegen den sozialdemokratischen Schulgeldantrag sperren, wollen eine Belastung der reichen Leute abwehren.

Auch sonst aber, wäre die Wirkung des sozialdemokratischen Antrages nur eine gerechte und wenigstens etwas ausgleichende. Gegenwärtig wird aus der Stadtkasse pro Kopf des Schülers der höheren Schulen ein Zuschuß von 150 M., pro Kopf des Schülers der Volkschulen ein Zuschuß von 63 M. geleistet. Durch die Erhöhung des Schulgeldes auf jährlich 1 M. würde sich der leichtere Zuschuß auf etwa 70 M. pro Kopf erhöhen. Die Stadtkasse würde also auch dann für den Volkschüler noch nicht die Hälfte von dem zu leisten haben, was sie schon jetzt für den Schüler der höheren Schulen leisten muß.

Nach allem, Ihr Wähler der dritten Klasse, Ihr Arbeiter, Handwerker und Unterbeamter:

Lahnt Euch von den bürgerlichen Parteien kein X für ein U vormachen!

Soziale Rundschau.

Die Kommission für Arbeiterstatistik beendete am Montag das Verhör der Auskunftsperipheren aus dem Gastwirtschaftsgewerbe. Es wurden vorwiegend Wirt verhört, die Kellnerinnen beschäftigen, und einige Kellnerinnen und andere weibliche Angestellte. In den Gegenden, wo vorwiegend weibliches Personal in Wirtschaften beschäftigt wird, hat es unter denselben mitseligen Verhältnissen wie die Kellner zu leiden. Durch die Pausarbeiten, die in der Regel des Morgens ausgeführt werden, sind sie gezwungen, in der Frühe an der Arbeitsstelle zu erscheinen und des Nachts, wenn die letzten Gäste noch House gehen, können sie ihr Ruheplatz aufsuchen.

Dass der Ruhetag auch im Gastwirtschaftsgewerbe möglich ist, wurde von einzelnen männlichen sowie weiblichen Angestellten bewiesen, indem sie mitteilten konnten, daß sie einen folgen besitzen. Sowohl in Stuttgart wie in Straßburg gibt es Wirtschaften, wo eine überzahlige Hilfskraft eingestellt ist, die anstreben muss, wenn das Geschäft besonders stotzt geht, und in der Regel eine Person zu vertreten hat, die einen ganzen freien Tag hat. Bei vernünftiger Einteilung würde sich in den meisten Geschäften eine solche Einrichtung durchführen lassen, da Auskunftsperipheren bei normalem Geschäftsgang fast überall zu finden sind.

Der Gesetzgeber befindet sich dem Gastwirtschaftsgewerbe gegenüber in der glücklichen Lage, weil es sich hier nicht um ein niedergehendes Gewerbe handelt, wie es z. B. bei der Mühle ist. In der Mühle befindet sich der Kleinbetrieb in schneller Abnahme und die bekräftigten Kleinmeister suchen nicht selten den Arbeiterschutz für ihren Fall verantwortlich zu machen. In allen solchen Fällen ist die Regierung zaghafte, weil sie geneigt ist, den Arbeiterschutz als unerträgliche Last für die Unternehmer anzusehen. Zur Gastwirtschaftsgewerbe sind die Hauptbetriebe, die Gehilfen beschäftigen, von 81 613 im Jahre 1882 auf 176 207 im Jahre 1895, d. h. um 115,88 Proz. in 13 Jahren gestiegen. Noch stärker als die Zahl der Betriebe stieg die Zahl der beschäftigten Personen. Diese halte in dem genannten Zeitraum eine Steigerung von 206 015 auf 521 728 = 132,26 Proz. aufzuweisen.

Wenn die stenographischen Berichte über die Vernehmungen zusammengestellt sind, wird ein Bericht angefertigt, und dann wird die Kommission ihre Vorschläge zur Abhilfe der Missstände machen.

Nachdem dann die Kommission den Bericht, betreffend die Erhebungen über die Arbeitszeit in den Getreidemühlen, endet

gültig festgestellt und einen Ausschussbericht über die Sonntagsarbeit im Binnenschiffahrt- und Flößereibetrieb entgegen genommen, wurde die Sitzung geschlossen.

Jetzt müssen die Reichstagsabgeordneten, die Mitglieder der Kommission sind, neu gewählt werden. Zwei Mitglieder, der freikonservative Merbach und der nationalliberale Siegle, werden ausscheiden, da sie nicht wieder zu Reichstagsabgeordneten gewählt sind. Ob weitere Veränderungen eintreten, wird wesentlich von den Beschlüssen der einzelnen Fraktionen abhängen.

Frankfurt a. M., 24. November. Der polizeilichen Staatsrerei ist der Verein Zahlstelle Frankfurt a. M. des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zum Opfer gefallen. Der Polizeipräsident hat ihn "vorbehaltlich des gegen die Beteiligten geführten Strafverfahrens" bis zur ergehenden richterlichen Entscheidung geschlossen, da er in seinen Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern bezieht und trotzdem "Frauenpersonen als Mitglieder aufgenommen" hat.

Der Verein hat natürlich die richterliche Entscheidung angetreten. Die Behauptung, daß der Verein "politische Gegenstände" erörtert hat, ist willkürlich. Er hat freilich über die Bedrohung des Koalitionsrechts, die Wohnungsnutz und die soziale Frage verhandelt. Aber deswegen ihn zu einem politischen Verein zu stempeln, dazu gehört doch preußische Polizeiweisheit, die selbe Polizeiweisheit, die auch in Halle ihre Früchte getragen hat.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Leipzig, 24. November.

Sittlichkeitsverbrechen. Wegen Verbrechens im Sinne der §§ 174, 1 und 176, 1 des Reichsstrafgesetzbuches wurde der Handarbeiter Robert Hermann Leberecht Paul Heide aus Bautzen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt. Zwei Monate der Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet.

Berschüte fahrlässige Brandstiftung. Mit seiner Frau lebte der 27 Jahre alte Zimmergeselle Louis Hofmann aus Neukirchen nicht sonderlich glücklich. Er führte dies auf Einmischung der Schwiegermutter in seine ehelichen Verhältnisse zurück und ergab sich dem Truhen. Am Sonntag den 21. August hatte er bis nachmittags 2 Uhr Regel geschoben und war dann nach seiner Wohnung, Südstraße 68, III., gegangen. Hier bedrohte er seine Frau und schlug seine Kinder. Seine Frau rief aus und ging zu ihrer Mutter. Hofmann besuchte nun nochmals Restaurant und fand, als er abends gegen 1/2 Uhr nach Hause kam, die Wohnung verschlossen und Weib und Kinder nicht anwesend. In seiner Wut räumte er nun den Kleiderschrank und die Kommode aus, stapelte den Inhalt imitierten der Stube auf, legte ein Schnüffelstück und einen Stuhl darauf und zündete mit Papier diesen Scheiterhaufen an. Nachdem er noch die Tafoujen heruntergeschlagen, verschloß er die Wohnung und ging fort. Nachzeitig wurde noch das Feuer von dritten Personen bemerkt und im Kreise erstickt. Hofmann, der sich der Vorgänge vor und nach der That deutlich erinnert, behauptete, daß die Vorgänge bei der That ihm aus dem Gedächtnis entstanden seien. Vor zehn oder zwölf Jahren sei ihm einmal ein schwerer Hammer auf den Kopf gefallen, die Wunde sei aber geheilt, ohne daß er im Krankenhaus aufgenommen zu werden brauchte. Seit dieser Zeit leide er an Rücken- und Kopfschmerzen, namentlich wenn er ein warmes Zimmer betrete, schwunde sein Gedächtnis.

Gerichtsarzt Dr. Thümmler hält Hofmann, der unter den Einflusse des Alkoholgenusses gestanden habe, für vermindert zurechnungsfähig, hält aber für ausgeschlossen, daß seine Geistesfähigkeit zeitweilig unterbrochen werde und bezeichnete die Angabe Hofmanns als Ausrede.

Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage bei Hofmann und erkannte demgemäß das Gericht auf Freisprechung.

Schöffengericht.

Leipzig, 24. November.

Der Wahlkampf der Ordnungsparteien. Die Antisemiten halten mit dem Komitee der "Ordnungspartei" das Abkommen getroffen, den Wahlkampf frei von persönlichen Angriffen zu führen. Entgegen dieser Abmachung wurde am Morgen des Wahltages, 16. Juni, auf der Chausseewiese des Leipziger Tageblattes und in den Leipziger Neuesten Nachrichten ein Inserat ohne Unterschrift veröffentlicht, das folgenden Passus enthielt: "Auch einzelne Kandidaten selbst lassen sich dazu drängen, ihre Wahlbewerber zu verdächtigen, so Herr Dr. Haedike und Herr Mag. Lorenz Herrn Prof. Hesse wegen des allgemeinen Wahlrechtes. Das ist nicht hübsch! Vor der sozialdemokratischen Presse ist man ja den beleidigenden und volksverherrschenden Ton gewöhnt, er eilt jeden anständigen Menschen an."

Herr Dr. Haedike fasste diese Auseinandersetzung als Beleidigung auf und erhob gegen den mutmaßlichen Verfasser, Architekt Clemens Thieme, Strafanklage. Vor dem Schöffengericht fühlte sich Thieme dadurch zu verteidigen, daß der Artikel doch anonym verfaßt sei, somit nicht er, sondern die Redaktion des Leipziger Tageblattes bez. der Neuesten Nachrichten dafür verantwortlich sei. Demgegenüber wies Haedike darauf hin, daß Thieme nach längerem Zögern erst die Verantwortlichkeit des Artikels zugegeben hat. Nun erklärte der tapfere Patriotenführer Thieme, daß der Artikel nicht auf Haedike, sondern auf die Sozialdemokratie gerichtet gewesen sei. Mit Emphase meinte er: Bedenken Sie doch, meine Herren, was für eine kolossale Verantwortung auf mir lag, wenn Hesse nicht gewählt wurde. Und wenn ich verurteilt werde, dann kröste ich mich damit, daß ich eine gute Sache erreicht habe.

Dr. Haedike seinerseits legte keinen großen Wert auf eine empfindliche Bestrafung Thiemes, sondern erklärte, er lege vielmehr Wert darauf, daß durch eine Bestrafung festgestellt wird, daß Thieme die getroffene Abmachung, den Kampf fachlich zu führen, nicht eingehalten habe. Das Gericht verurteilte Thieme zu zwanzig Mark Geldstrafe oder zwei Tagen Haft und erkannte Dr. Haedike die Publicationsbefugnis des Urteils im Leipziger Tageblatt und den Leipziger Neuesten Nachrichten zu.

Max Jarchow

Plagwitz, Zschochersche Str. 65.

Große Auswahl in sämtlichen
Haus- und Küchengeräten
Glas-, Porzellanz, Steingutwaren
Kohlenkasten, Heizmaschinen

Wringmaschinen

Brotkapseln, lackiert u. emailliert
Hochzeits-Gelegenheitsgeschenke



Schirmsfabrik

Paul Kleemann

Gerberstr. 14

und

Zaucker Str. 16.

Großes Lager nur

selbst fabrizierter

Herren- u. Damenschirme, Spazier-
stöcke. Bozüge und Reparaturen
schnell und billig. [10812]



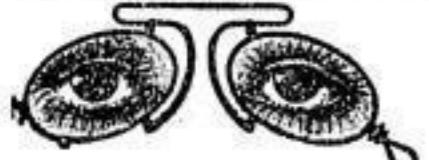
Fertige

Betten

Bettfedern.

von 1 Mark an.

Aussch. Möbel, Polsterwaren, Spiegel.
Fleischers Warenhaus
L.-Lindenau, Lüdener Str. 56.



Hermann Hauch Nchf.
Jub.: Felix Tripto
(gegründet 1860)

Uhrmacher u. Optiker

Leipzig - Lindenau

Leipziger Strasse Nr. 20

Reichhaltiges Lager
goldener, silberner und Nickel-
Ancre- und Cylinder-Uhren
für Herren und Damen.

Große Auswahl in
Regulateuren, Hänge-, Stand-,
Wand- u. Wecker-Uhren
Ketten in Gold, Gold-Double und
Nickel in jeder Preislage.

Echt goldene Ringe

Lager [10183]

optischer Waren
als Brillen, Pincenes in Gold, Gold-
Double, Hartgummi, Nickel u. Stahl.
Operngläser, Barometer
Fenster-, Zimmer-, Fieber- und
Bade-Thermometer.

Cigarren, Cigaretten

Rauch-, Kau- u. Schnupftabak empf.

Max Georgie, Kleinzschocher

Plagwitzer Str. 65, vis-à-vis d. Schule.

Achtung! Wer sich bill. u. gut kleiden will,
sche bei Max Junghans, Thalstr. 28,
Ede Seeburgstr. Große Auswahl in
neuen u. getrag. Winter-Miederleibern,
Paletots, Herren-, Burichen- u. Kinder-
Anzügen, Wäsche u. Stiefel aller Art.

Bitte ausschneiden!

Kurprinzstr. Kleine Markthalle Kurprinzstr.

Nr. 20

(Albin Kirschky)

empfiehlt seine Lokalitäten allen Freunden und Bekannten zur gesl. Verzehrung. Gemütlichster Familienaufenthalt bei täglicher Unterhaltungsmaß. Empfiehlt meinen kräftigen Mittagstisch, sowie Stamm nach Wahl à 40 Pf. ff. Bier u. Gose. Jeden Mittwoch Thüringer Alöhe. Jeden Sonnabend Schweinstooken.

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfiehlt kräftigen Gemüse-Mittagstisch, à Portion 40 Pf.

Teleph. I. 438. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I. 438.

Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine Lokalitäten zur geselligen Versammlung.

Empfiehlt meinen guten preiswerten Mittagstisch inkl. Bier 50 Pf., Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.

Herner empfiehlt meine kleine Wohlw. Regelbahn.

Sonnabends Schweinstooken.

50 Betten von 30 bis 150 Pf.

Es bietet dazu ein Hochstånd Karl Langert.

Thüringer Dorfschmiede

Restaurant mit Saal, Kreuzstr. 14.

Empfiehlt einen kräftigen Mittagstisch mit Bier 50 Pf., sowie frisch und abende Stamm. Jeden Freitag und Sonnabend Topfbraten mit Thüringer Alöhe sowie Pötzelsweinstooken. ff. Zwentauer Lagerbier und Bierwürsch. Um freudl. Zuspruch bittet L. Starke, Dorfschmied. Mein gemütlicher Saal eignet sich vorzüglich zu Hochzeiten, Kindstaufen und sonstigen Feierlichkeiten und Versammlungen. [10763]

Restaurant F. Schulze Nachf.

Karlstr. 6 (Auh. Grenzdörfer.) Karlstr. 6.

Heute sowie jeden Sonnabend ff. Schweinstooken, ff. Lagerbier und Kulinbacher vom Fass. [10579]

Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. Nr. 52

empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten. Speisen und Getränke hochsein

Sonnabends Schweinstooken, Sonntags Speckstücken. Hochstånd Herm. Blothe

Restaurant National, L.-Plagwitz, Karl Heine-Strasse 71.

Hatte meine Lokalitäten und Vereinszimmer bestens empfohlen. Biere und

Speisen von bekannter Güte. Sonntags früh Speckstücken. Karl Müller.

Restaurant Saxonia L.-Plagwitz

Ecke Zschochersche u. Schmiedestraße

Große freundliche Lokalitäten, jeden Freitag, Sonnabend und Sonntag musikalische Unterhaltung. ff. Lager von E. W. Raumann, Kulinbacher von E. Pöh.

Kräftigen Mittagstisch.

Empfiehlt ganz besonders meine ff. Selle, Rhein-, Mosel- und Ingars-

weine zu billigen Preisen. [10909]

Wiener Würstchen. Specialität: Regenbürger mit Sauerkraut.

Jeden Sonnabend Schweinstooken, Sonntags Speckstücken. [10909]

Um gütigen Besuch bittet Hochstånd Georg Schröder.

Plagwitzer Spitze

L.-Plagwitz, Nonnenstrasse 58, Ecke Elisabeth-Allee.

Empfiehlt geehrten Familien meine freundlichen Lokalitäten zur geselligen Ver-

nung. Sonnabends Schweinstooken. Sonntags Speckstücken. Hochstånd Emil Baldau. [10479]

Feders Restaurant, Reudnitz

Feldstr. 25

empfiehlt seine geräumigen Lokalitäten. Geschäftszimmer, Saal, 200 Pers. fassend, für Vereine und Gewerkschaften. Hochstånd Kurt Föder.

Richard Müller

L.-Thonberg, Reitzenhainer Str. 51

Markthalle, Stand 75

frisch empfiehlt bläßig

geschöpfte Hasen, gestreift und

Wildschweinchen. Hirschbrat- und Kochfleisch.

Fette Dresdener Hähne, einzelnen Teilen, auch in

Prima fette Enten, Kapuinen, junge Hähnchen u. s. w.

Holländische Butter-Compagnie

Ackermann & Co. Nchf.

Kurprinzstrasse 13

gegenüber der Markthalle.

En gros En detail.

Prima Schmelzbutter

und

Schmelz - Margarine

zu billigsten Preisen.

Herren- und Knaben-Garderobe befindet sich jetzt Reichsstr. 37.

W. Palm befindet sich jetzt Reichsstr. 37.

Abzug aus dem Preis-Courant:

Dauerhafte Arbeitshosen, v. 1,30.-Ran.

Stoffhosen für Herren 2,70 " "

Elegante Herren-Hosen in " "

Stoff 4,50 " "

Westen 1,40 " "

Herren-Anzüge in Stoff 9,50 " "

Elegante Herren-Chevrot 12,25 " "

Anzüge in Stoff, Preisg. 12,25 " "

Anglisse 2,70 " "

Eleg. Knaben-Zopfen 3,50 " "

Knaben-Zopfen 2,70 " "

Eleg. Knaben-Anzüge 2,70 " "

Marienbad

Leipzig-Neuschönfeld

Eisenbahnstrasse Nr. 66.

Konradstrasse 25.

Schwimmbecken 20°

Dampfbäder, russische, römisch-irische, Bass. und Teile-Dampfbäder, Einpaddungen, Spezialformen, anerkannt vor. Massage. Damenzeit von 1-4 Uhr nachm. Schwimmbassin, frischlaues Wasser, Damezeit: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2-4 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von 1/2-11 Uhr vorm. Wannenbäder I. u. II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [10658]

Zuckreiter

bei Heinrich Rost, Brühl 3
außerordentlich billig.

Möbel und Polsterwaren

eigener Ausführung von den einfachsten bis zu den elegantesten und zu wirklich billigen Preisen faust man bei

Ernst Rehm vorm. H. Lange

L.-Lindenau, Nähe der Post, Querstr. 4. Komplette Zimmer-Einrichtungen sowie einzelne Möbel stets in großer Auswahl am Lager. [10738]

Sehr billig!

Trockene Wachs-Kern-Selje

außerordentlich waschfähig, 5 Pfund nur 1 Mk.

G. Klinger, Seifenfabrik, Leipzig, Petersstr. 48.

Richard Ruhland, Schuhmacher

Plagwitz, Zschoch. Str. 31b, am Kanal empfiehlt sein reichhaltiges Schuh u. Stiefel Lager von einfacher bis zur elegantesten Ausführung zu billigen Preisen. Maassarbeit u. Reparaturen schnell u. billig.

Fleisch-Preise!

Körnerstr. 44 u. Markthalle 13.

Prim. Hindfleisch 60-65 Pf.

Younges Landschweinef. 70 "

Pötzelschweinef. 70-80 "

Fr. Gehacktes, halb u. halb 70 "

Fr. Kalbfleisch 65 "

Hamfleisch 65 "

Fr. Wurstfett 40 "

Täglich abends frisch gef. Schinken

und russischen Salat. [10968]

Ein- und Verkaufs-Geschäft

von L. M. Geldner

45 Sternwartenstrasse 45

fand jeder Arbeiter billig einzutragen: neue und getragene Anzüge, Hosen, Jacken, Bälte, Blöte, Mützen, Westen, Wäsch, Handschuhe, etc. goldene Uhren von 4 Mark an.

R. Becker, Uhrmacher